

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Waise“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sabin, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanzeige: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspressestelle Seite 404.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühren: die 7spaltige Kolonelleiste 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk. Postsekonto: Nr. 5258 Berlin. — Einmaliger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 183.

Magdeburg, Donnerstag den 7. August 1913.

24. Jahrgang.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

Der Ausgang des ersten Krupp-Prozesses bestätigt und unterstreicht das große Verdienst, das sich die sozialdemokratische Opposition im deutschen Reichstag wieder wie schon so oft um die Reinigung des öffentlichen Lebens erworben hat. Es ist bewiesen, daß zwischen der Heeresverwaltung und der Firma Krupp unterirdische Beziehungen bestanden, die unlauter, dem Allgemeinwohl schädlich, der Reichssicherheit gefährlich waren. Man mag mit Recht der Meinung sein, daß das Urteil die eigentlich Schuldigen nicht trifft, aber man wird nicht bestreiten können, daß der Prozeß eine heilsame Lehre für alle ist, die die Wege der Brandt, Lillan und Genossen gewandelt sind und daß er in diesem Sinne Nützliches gewirkt hat.

Gäbe es für die Gegner der Sozialdemokratie etwas wie Anständigkeit und Gerechtigkeit, so würden sie nicht umhin können, dieses sozialdemokratische Verdienst öffentlich anzuerkennen. Eine Ursache, gegen die Sozialdemokratie aus diesem Anlaß vom Leder zu ziehen, kann nur für Leute bestehen, die das Licht und die Reinlichkeit nicht wollen, weil sie sich im Dunkel und im Schmutz viel wohler fühlen. In allen Schimpfanreden, die jetzt gegen die Sozialdemokratie und besonders gegen den Enthüller der Affäre, den Genossen Liebflecht, losgelassen werden, steckt also ein Stück Selbstbezüglichkeit. Es kann dem Staatsanwalt nur empfohlen werden, sich verschiedene Leute, die sich jetzt zur Verteidigung von Krupp und Armeegewerkschaften berufen fühlen, genauer anzusehen: vielleicht gibt es da noch überraschende Entdeckungen zu machen.

Was ist's, was diese verdächtigen Ankläger der Sozialdemokratie vorzuwerfen haben? Daß die Sozialdemokratie im allgemeinen von Krupp und der Heeresverwaltung redet, während es sich doch hüben wie drüben nur um ein paar untergeordnete Stellen handelt. Diese untergeordneten Stellen — der Anklagevertreter sprach geschmackvoll von „Schreiberjungen“ — sind es allein, die sich nachweisbar krimineller Verfehlungen schuldig gemacht haben. Aber den sozialdemokratischen Kritikern kommt es gar nicht darauf an, ob sich dieser oder jener strafbar gemacht hat; sie haben sicher Wichtigeres zu tun, als ein paar arme Schächer ins Gefängnis zu bringen. Darum betrachten sie den Fall Krupp auch nicht aus dem engen Gesichtswinkel der Kriminalistik, und sind gern bereit, allen bekannten und unbekanntem Schuldigen dieser Skandalaffäre mildernde Umstände in weitestem Umfang zuzubilligen. Die Lillan und Genossen haben nichts Arges darin, Geschenke vom Hause Krupp anzunehmen und ihm dafür Amtsgemeinnisse zu verraten, denn sie haben im Hause Krupp keine kapitalistische Firma, keine Privatperson, sondern sie betrachteten es gewissermaßen als eine besonders hochstehende, besonders bevorzugte Staats Einrichtung, und sie glaubten als aufmerksame Leser der Hofnachrichten auch allen Grund für diese ihre Auffassung zu haben. Das war eine falsche Auffassung, für die sie jetzt büßen müssen, aber nichts ist ihnen mehr zu glauben als ihre Beteuerung, daß sie sich bei ihrem allzu intimen, die Grenzen der Beamtenpflicht weit überschreitenden Verkehr mit einem Vertreter des Essener Kanonenhauses nichts Böses bewußt waren.

So hat der Prozeß gerade das bewiesen, was zu beweisen in der sozialdemokratischen Absicht lag. Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen die Korruption nie nach der Art jener oberflächlichen Korruptionstriebe geführt, die da meinen, käufliche Schurken regierten den Staat, und es sei nur notwendig, diese Uebelthäter zu entfernen und ehrliche Menschen an ihre Stelle zu setzen, um alle Dinge der Welt zum besten zu wandeln. Sie weiß, daß die Menschen das Produkt der Verhältnisse sind, und diese gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuheben und zu verändern, das ist's, worauf es ihr ankommt. Erscheinungen, wie sie im Krupp-Prozeß zutage getreten sind, wären unmöglich, wenn die Rüstungsindustrie staatlich wäre. Nicht die Fehlbarkeiten einzelner Menschen stehen vor dem Gericht der sozialdemokratischen Kritik, sondern das privatkapitalistische System, dessen Unbrauchbarkeit, Unmöglichkeit, dessen Unlauterkeiten und Gefahren gerade auf dem Gebiet des Rüstungswesens jetzt für jeden, der sehen will, klar zutage liegen.

Um die Sache handelt es sich uns, nicht um die Namen. Ob von einem „Panama“ geredet werden kann oder nicht — welche Kleinliche Frage! Wenn der Anklagevertreter den stolzen Ausspruch tat, das Wort Panama sei nicht auf

deutschem Boden gewachsen, so erinnert man sich daran, daß auch der Reichskanzler Bilow einst in den Kämpfen gegen das persönliche Regiment das Wort „Kamarilla“ für ein Fremdwort erklärte und meinte, dergleichen sei in Deutschland nicht zu finden. Mag solches Zurückschrecken vor einem Wort der Angst davor entspringen, das Kind beim richtigen Namen zu nennen, oder der Gewissenhaftigkeit des Philologen, der Buchstaben siebt und Raute wägt, jedenfalls kann ein solcher Wortstreit nur dazu dienen, den Kern der Sache zu verdunkeln. Panama oder nicht! Es sind durch den ersten Krupp-Prozeß gefährliche und bedenkliche Zustände aufgedeckt und zugleich durch die eindringliche Kraft der Tatsachen selbst die Wege zu ihrer Beseitigung gemiesen worden.

Das ist, um es nochmals zu sagen, ein sozialdemokratisches Verdienst und ein sozialdemokratischer Erfolg, mögen die Gegner es auch noch so wilkend bestreiten. —

Der letzte Tag.

Hg. Berlin, 5. August 1913.

Der heutige letzte Tag des Krupp-Prozesses begann mit dem Plädoyer des Verteidigers Rechtsanwalts Grass. Er schloß sich im wesentlichen den Ausführungen seiner Kollegen, die schon am Tage vorher gesprochen hatten, an. Auch er wandte sich dagegen, daß sich der Anklagevertreter lediglich auf die Aussage Brandts in der Voruntersuchung stützt. Er sei zudem der Ansicht, daß Brandt, wie dieser ja selbst angedeutet habe, längst nicht alles gesagt habe. Brandt habe es glänzend verstanden, aus den Angeklagten das herauszuholen, was für ihn wichtig war. Die Geschenke an die Angeklagten brauchten keine Bestätigung zu sein; das seien Freundschafts- und Gelegenheitsgeschenke gewesen. Die Angeklagten brauchten auch nicht damit zu rechnen, daß irgend etwas von dem, was sie dem Brandt mitteilten, über den Kreis Brandts oder der Firma Krupp hinausgeht. Sie brauchten vor allem den moralischen Schaden für das Ansehen der Armee nicht vorauszusetzen. Die Angeklagten sollen hier gewissermaßen bestraft werden für das, was der Abgeordnete Liebflecht gemacht hat. Wenn die Sache nicht so herausgekommen wäre, wie sie herausgekommen ist, wenn sie bei der Kontrolle eines Vorgesetzten erwidert worden wäre, so wäre niemand auf den Gedanken gekommen, daß hier eine Gefahr vorliege.

Als letzter Verteidiger sprach Rechtsanwalt Barnau noch für die Angeklagten Hoge und Pfeiffer. Er suchte in eingehenden juristischen Ausführungen zu beweisen, daß eine Verurteilung der Angeklagten wegen Verstoßes gegen das Spionagegesetz ausgeschlossen sei, und er suchte weiter nachzuweisen, daß bei Hoge nur einfacher Ungehorsam in Frage komme. Bestechung liege bei Hoge nicht vor. Wegen einfachen Ungehorsams aber könnte nur eine Verurteilung zu Stubenarrest in Betracht kommen. Ganz falsch habe der Anklagevertreter die Persönlichkeit des Angeklagten Pfeiffer beurteilt. Es sei wirklich nicht anzunehmen, daß sich ein Mann wie Pfeiffer durch ein leeres Mittagsgeld von 1 Mark bis 1,25 Mark, gewürzt mit 2 Glas Bier, hat breitschlagen lassen, einem Angestellten der Firma Krupp wichtige Geheimnisse anzuvertrauen. Wenn ein besser gestellter Mann gelegentlich mit einem langjährigen Freunde, der sich finanziell nicht so günstig stellt, zusammen zu Mittag ißt und die Kosten bestreitet, so ist das wirklich nicht etwas, was gegen die Würdigkeit und gegen die Pflichten eines preussischen Beamten spricht. Rechtsanwal. Barnau schloß seine Ausführungen mit dem Antrag auf Freisprechung des Angeklagten Pfeiffer.

Nach einer Erwiderung des Anklagevertreters Kriegsgerichtsrats Dr. Welt, in der er namentlich noch einmal betonte, daß es sich hier um die preussische Beamtenlehre handle und daß das Schilf des preussischen Heeres reinbleiben müsse, sowie nach kurzer Replik des Verteidigers Rechtsanwalts Ulrich erhielten die Angeklagten das Schlusswort.

Hierauf zog sich um 1/2 Uhr der Gerichtshof zu der Beratung zurück.

Nach fast stündiger Beratung erscheint in der sechsten Abendstunde der Gerichtshof wieder im Saale. Der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens, teilt mit, daß ihm ein Telegramm aus Sacharach von einem dortigen Wein- und Weisenerzeuger zugegangen sei, in dem sich der Absender darüber beschwert, daß in der Verhandlung davon die Rede gewesen sei, daß in den Weingärten in Berlin die Weine nicht so gut seien wie anderwärts. Der Absender appelliere an die Loyalität des Verhandlungsführers, daß er diesen Vorwurf zurücknehme. Der Verhandlungsführer erklärt dazu: Soweit ich in Frage komme, muß ich gestehen, daß ich die Weine in den Weingärten nicht kenne. (Weiterkeit.) Wenn eine derartige Äußerung gefallen ist, so wollte ich mir damit kein Urteil über die Güte der Weine in den Weingärten anmaßen. Ich will gern zugeben, daß die Weine dort gut sind.

Sodann verkündet der Verhandlungsführer folgendes Urteil:

Der Angeklagte Zeugleutnant Lillan wird wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams zu zwei Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt; der Angeklagte Zeugleutnant Schleuder wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Zeugleutnant Finck wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Feuerwerker Schmidt wegen Bestechung

und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu zwei Monaten vierzehn Tagen Gefängnis und Degradation; der Angeklagte Beamter Dröse wegen erschwerter Ungehorsams zu drei Wochen Gefängnis; der Angeklagte, Zeugleutnant Hoge, wegen erschwerter Ungehorsams zu dreieinhalb Monaten Gefängnis; und der Angeklagte Oberintendantursetzrath Pfeiffer wegen Bestechung und Preisgabe militärischer Geheimnisse zu sechs Monaten Gefängnis und zur Unfähigkeit für die Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem Jahre. Außerdem werden die den Angeklagten gewährten Vorteile als dem Staate zu verfallen erklärt.

Zur Begründung dieses Urteils

Führt der Verhandlungsführer aus: Die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts gründen sich zunächst auf den Inhalt der Aussagen des Zeugen Brandt, der in der Voruntersuchung nicht nur über das ganze Material, sondern auch über alle Einzelheiten genaue Mitteilungen gemacht hat. Er wußte genau, was die einzelnen Angeklagten getan hatten, er wußte auch, wieviel Geld die einzelnen Personen erhalten hatten. Das war ihm alles in der Voruntersuchung genau im Gedächtnis; in der Hauptverhandlung wollte sich nur der Zeuge Brandt auf nichts besinnen, und es fragte sich deshalb, welche Bedeutung den Aussagen des Zeugen Brandt beizumessen ist. Brandt hat in der Hauptverhandlung Gedächtnis schwäche vorgeschützt und sie darauf zurückgeführt, daß er Anfang Dezember 1912 eine Verletzung im Gesicht davongetragen habe, und zwar will er einen Schlag mit einer Motorfurbel erhalten haben. Er ist auch in ärztlicher Behandlung gewesen. Der Arzt hat anfangs an eine kleine Gehirnerschütterung geglaubt, ist aber später zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich nur um einen Nervenschlag gehandelt habe. Brandt hat den Arzt seit dem 12. Dezember 1912 nicht mehr in Anspruch genommen, und auch am 20. Juni dieses Jahres, als der Arzt gelegentlich in der Wohnung des Brandt erschien, hat ihm Brandt nichts mehr über Folgeerscheinungen jenes Unfalls gesagt. Ferner haben wir vom Zeugen Direktor Dräger gehört, daß Brandt damals mehrere Tage zwar dem Geschäft ferngeblieben ist, daß seine Nervosität aber sich nicht besonders gesteigert hat; er habe nichts von einer besondern Gedächtnischwäche des Brandt gemerkt. Ich glaube, das Gericht geht nicht fehl, wenn es sich zu der Ansicht bekennt, daß eine Gedächtnischwäche des Brandt nicht existiert. Brandt hat seine Angaben in der Voruntersuchung nicht nur vor einem Beamten gemacht, sondern ist mit mehreren besonders erfahrenen Untersuchungsbeamten in Berührung gekommen. Zunächst mit Polizeirat Koch. Auf seine Befundungen glaubte das Gericht mit Recht ein besonderes Gewicht legen zu dürfen, denn Polizeirat Koch ist ein im Polizeidienst ergrauter Beamter, vor dem Tausende von Angehörigen schon gestanden haben. Er hat einen Einblick in die Seele dieser Menschen und er hat ausgesagt, daß nach seiner bestimmten Auffassung

Brandt damals ein gebrochener Mann

gewesen sei. Brandt habe alles über sich zusammengefaßt, er habe seinen Gewissen erleichtern wollen, und deshalb die reine Wahrheit gesagt. Brandt habe bereits damals ihm die meisten Namen der Angeklagten genannt. Er habe auch damals schon davon gesprochen, daß er sein Material aus dem Kriegsministerium nur von Pfeiffer bezogen hätte. Insbesondere sprach er damals schon davon, daß auch der erste Liebflechtliche Konwalzer von Pfeiffer hertrüge. Bei seinen folgenden Vernehmungen ist Brandt bei seinen Angaben geblieben. Er hat die Mitteilung, daß Pfeiffer ihm die beiden Staatszüge geliefert hat, schon zu einer Zeit gemacht, wo das Ergebnis der Befragungnahme in Essen noch gar nicht bekannt war. Wenn man sich das alles vergegenwärtigt und bedenkt, daß der Zeuge Brandt auch in der Folgezeit bei seinen ersten Angaben geblieben ist, jedenfalls, was die Angaben über die Personen der Angeklagten betrifft, so ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Angaben des Brandt den Tatsachen entsprechen haben. Brandt hat auch jetzt in der Hauptverhandlung nicht alles zurückgenommen. Er hat nur gesagt, er wisse nicht mehr, ob dies oder jenes Material von dem oder jenem Angeklagten geliefert worden ist. Er ist ausdrücklich gefragt worden, ob er aus dem Kriegsministerium auch noch von einem andern Beamten Material bekommen hat. Er hat diese Frage bestimmt mit Nein beantwortet. Er hat lediglich die Angeklagten nicht weiter belasten wollen. Was ihn dazu veranlaßt hat, was nicht festzustellen. Jedenfalls hat nach der ganzen Sachlage das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Zeuge Brandt

in der Voruntersuchung durchweg die volle Wahrheit gesagt

hat. Dies vorausgeschickt, hat das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme weiter folgende Feststellungen getroffen: 1906 wurde Brandt von Krupp von Essen nach Berlin geschickt zur Unterfertigung des inzwischen verstorbenen Herrn v. Schüs. Welche Direktiven und Informationen Brandt hatte, haben wir nicht feststellen können. Es war in Essen bekannt, daß Brandt Vorzügliches leistete. Er war ein Mann, der zu allem zu gebrauchen war. 1906 trat er seine Stellung in Berlin an. Durch die Beweisaufnahme steht fest, daß Brandt seine Aufgaben in Berlin dahin aufgefacht hat, daß er um jeden Preis Nachrichten für seine Firma einzusammeln mußte, vornehmlich auf dem Gebiete der Konkurrenz. Brandt ist dabei so zu Werke gegangen, daß er sich in die Kreise seiner früheren Kameraden begab. Er fand darunter verschiedene Herren, deren nähere Bekanntschaft er machte. Es muß ohne weiteres auffallen, daß die Wahl Brandts gerade auf solche Personen fiel, die bei bestimmten Behörden tätig waren, nämlich bei der Feldzeugmeistererei, bei der Artillerie-Prüfungskommission und beim Kriegsministerium. Brandt hat sich an die jetzigen Angeklagten herangemacht und hat es verstanden, sich ihnen gegenüber in einer Weise aufzu-

spielen, daß sie sich zweifellos hochgehrt fühlten, wenn der Vertreter von Krupp sich in dieser Weise mit ihnen einließ. Dem Brandt ist es auch nicht schwer geworden, bei seiner vielseitigen Veranlagung diese Leute für sich zu gewinnen. Es waren verhältnismäßig jüngere Leute. Brandt hat sich in den Augen dieser Unteroffiziere ein besonderes Aushängeschild gegeben und hat verschiedene Wege eingeschlagen, je nachdem, mit wem er es zu tun hatte. Anders verhielt er sich bei Pfeiffer. Pfeiffer war ein älterer Beamter und ihm gegenüber ist Brandt anders aufgetreten als gegenüber den andern Angeklagten. Jedenfalls hat Brandt es verstanden, jeden der Angeklagten in seiner Weise zu behandeln und für seine Zwecke gefügig zu machen. Zuerst lernte er Lillian kennen, der ihm in den Jahren 1908 bis 1908 fortlaufend Mitteilungen über Konturanzpreise machte. Später hat Lillian dem Brandt auch über Munitionsaufträge Mitteilung gemacht. In welchem Umfang das geschehen ist, hat nicht genau festgestellt werden können. Die Kornwalzer sind nicht mehr da, wir besitzen nur noch Fotokopieaufzeichnungen. Lillian vermittelte 1908 dem Brandt die Bekanntschaft mit seinem Nachfolger Schleuder und Schleuder ist dann bald in Lillians Fußtapfen getreten. Dann folgte Ginst, von dem Brandt auch sofort alle Nachrichten bekam, die er haben wollte. Endlich kam dann der Angeklagte Schmidt. Auch Schmidt gab dem Brandt Material. Dieses Material verarbeitete Brandt zu Berichten, die er nach Eisen sandte. Diese Berichte sind leider erst seit 1910 vorhanden, so daß wir nicht feststellen können, was der Angeklagte Lillian an Material geliefert hat. Dagegen haben wir bezüglich der Angeklagten Schleuder und Ginst eine große Zahl Kornwalzer.

Wir haben hier mehrere hundert Kornwalzer und eine große Zahl stützen sich auf Mitteilungen von Ginst und Schleuder. Es soll nicht gesagt werden, daß der Gehalt der einzelnen Kornwalzer den einzelnen Angeklagten zuzuschreiben ist. Das Gericht ist der Überzeugung, daß Brandt überall sammelte. Das Gericht meint auch, daß Brandt möglichst viel Berichte absandte, um zu zeigen, daß er ein fleißiger Beamter war. Das Material, das die vier Angeklagten aus der Feldzeugmeisterei dem Brandt mitgeteilt haben, ist zum Teile iteilig geheim. Das gleiche gilt für die Angeklagten aus der Artillerie-Prüfungskommission. Hier wurde dem Brandt dieselbe Einblick gewährt wie in die Feldzeugmeisterei. Er bekam hier hauptsächlich Nachrichten über Versuche der Artillerie-Prüfungskommission. Brandt wußte Bescheid und er hat daher auf Dörje eingewirkt, ihn zu Hause besucht und ein Bestellbuch mindestens zwei bis dreimal in der Wohnung Dörjes eingesehen. Das hat Dörje selbst nicht bestritten. Den Umfang des durch Dörje gelieferten Materials hat das Gericht nicht mehr feststellen können, weil die Kornwalzer nicht mehr vorhanden sind. Aber der Inhalt des Bestellbuchs ist streng geheim. Auch Spoge hat sich bereit finden lassen, dem Brandt zu Willen zu sein. Auf ihn beziehen sich mehrere

Kornwalzer, die sehr geheimes Material enthalten.

Mit Pfeiffer hat Brandt um deswillen enge Verbindung angeknüpft, weil Pfeiffer in der Fußartillerie-Abteilung des Kriegsministeriums arbeitete. An ihn hat sich Brandt mit besonderer großer Schläue herangemacht, und zwar nicht ohne Erfolg. Pfeiffer und Brandt haben sich ab 1908 regelmäßig getroffen. Pfeiffer erhielt dann zu Weihnachten 1908 von Brandt 100 Mark, was sich an den folgenden vier Weihnachten wiederholte. Pfeiffer ließ sich von Brandt auch einladen. Das Gericht hat urteilend für 1910, 1911 und 1912 den Beweis für erbracht angesehen, daß der Angeklagte Pfeiffer dem Brandt Material aus dem Kriegsministerium geliefert hat. Die Etatsauszüge stammten unbedingt aus dem Kriegsministerium, und zwar aus der Fußartillerie-Abteilung. Der erste Liebesbriefliche Kornwalzer enthält Mitteilungen über Versuche mit einem neuen Geschütz. Diese Mitteilungen sind gleichfalls an das Kriegsministerium gelangt, und zwar an die Fußartillerie-Abteilung. Pfeiffer hat versucht, andre Personen zu verwickeln. Diese Versuche sind mißlungen. Es ist kein Fingerzeig dafür vorhanden, daß ein anderer Beamter der Leiter sein könnte. Gegen Pfeiffer spricht aber vor allem die Tatsache, daß Brandt schon bei seiner ersten Vernehmung gesagt hat, daß dieser Kornwalzer von Pfeiffer stammt. Der Inhalt dieses Kornwalzers aber ist streng geheim.

Es fragt sich nun, wie die Angeklagten dazu gekommen sind, diese Sachen zu liefern. Es steht ohne weiteres fest, daß die Angeklagten, soweit sie Soldat sind, sich durch ihre Handlungen eines Ungehorsams schuldig gemacht haben. Die Angeklagten haben das auch zugegeben. Sie haben dafür Vorteile gehabt. Lillian hat Darlehen bekommen. Natürlich haben die Angeklagten nicht für jede pflichtwidrige Handlung Vorteile bekommen. Aber die Angeklagten wußten trotzdem genau, daß sie das, was sie taten, nicht tun durften.

Daher auch die große Heimlichkeit.

Brandt durfte nicht aufs Bureau kommen, sondern sie suchten ihn in Zivilkleidung auf. Bei Lillian hat es den Anschein, daß er die Darlehen bekommen hat wegen des gelieferten Materials. Immerhin hat das Gericht in diesem Punkt einige Zweifel gehabt. Diese Zweifel sind nunmehr den Angeklagten entschieden worden. Dagegen hat Lillian sich zweifellos für die Lieferung von Material in Lokalen freibekannt lassen. Bei Schleuder, Ginst und Schmidt ist der Beweis der Verletzung noch leichter zu führen. Diese Angeklagten waren sich völlig klar darüber, daß sie für bares Geld Geheimnisse preisgaben. Es hätte sonst kein Grund für Brandt vorgelegen, den Unteroffizieren bar Geld in die Hand zu drücken. Wenn Brandt auch ein verhältnismäßig hohes Einkommen hatte, so hatte er doch eine Familie mit drei Kindern. Es ist anzuschließen, daß Brandt diesen Leuten, die er nur flüchtig kennen gelernt hatte, Bargeld gegeben hätte, wenn er nicht Gegenleistungen bekam. Dörje soll sich dadurch haben bezahlen lassen, daß er sich verloben ließ, bei Krupp angestellt zu werden. Der innere Zusammenhang aber ist nicht genau festzustellen. Bei Spoge war Vernehmung niemals ungenommen. Bei Pfeiffer jedoch haben wir dafür keine Unterlagen. Er hat nachher Vorteile von Brandt gehabt. Pfeiffer war sich auch bewußt, daß er Vorteile dafür bekam, daß er die Amtsvorwürfen überbrachte. Nun zum

Sekret militärischer Geheimnisse.

Die Angeklagten haben gesagt, Krupp erlaube vom Kriegsministerium aus auf legalen Wege viel. Das entspricht den Tatsachen. Die Angeklagten haben immer behauptet, sie hätten angenommen, Brandt sei ein Ehrenmann und bei ihm wäre alles Material sicher. Das Gericht hat den Beweis dafür erbracht angesehen, daß Brandt das Material nicht zum Schutze der Geheimhaltung und der Stillschweigenheitsverpflichtung hat. Das Material ist in der Hand Brandts durchwegs sicher gewesen. Das Vertrauen, das die Firma Krupp in Brandt gesetzt hat, hat er nicht getrübt. Aber das macht die Angeklagten nicht freigesprochen. Sie haben geheimes Material preisgegeben und es konnte dabei nicht in Frage, daß dieses Material Krupp gegenüber nicht geheim war. Die Angeklagten mußten wissen, daß dieses Material in den Händen eines fremden Mannes Unheil anrichten konnte. Damit ist der Tatbestand des § 2 des Spionagegesetzes erfüllt.

Es fragt sich weiter, ob durch den Angehörigen der Angeklagten ein erheblicher Schaden entstanden ist. Wenn er entstanden ist, so müssen die Angeklagten es sich gefallen lassen, daß ihnen der Schaden zugerechnet wird. In erster Linie tauchte die Frage auf, ob ein erheblicher materieller Schaden entstanden ist. In dieser Beziehung hat die Beweisnahme nichts ergeben. Denn über die Angelegenheiten zum Gegenstand einer Vernehmung in Beziehung gemacht worden. Dem hat der Angeklagte Dr. Dieckhoff die Dinge zur Sprache gebracht. Nachdem ihm von unbekannter Seite im November 1912 diese Kornwalzer überbrachte, waren, hat er sie dem Kriegsminister

Das war unbedingt richtig und seine Pflicht, wollte er nicht selbst in den Verdacht kommen. Krupp zu schonen. Ob es aber richtig war, daß der Abgeordnete später im Reichstag von einem Panama sprach, ist eine andre Frage. In diesem Punkte ist das Gericht zu der Auffassung gekommen, daß für das Geer ein erheblicher Nachteil entstanden ist, denn in diesen Angriffen liegt eine ganz erhebliche Schädigung des Ansehens der Geeresverwaltung. Beamte des Geeres wurden bisher für unnahbar gehalten. Die Verwaltung des Geeres ist stets unzugänglich gewesen für gewisse Machenschaften. Das hat sich eingebürgert nicht nur im deutschen Volke, sondern auch im Ausland, und wir sind mit Recht stolz darauf, daß Machenschaften, wie sie in andern Ländern der Verwaltung nachgeahmt werden, im preussischen Beamtentum und im deutschen Geer nicht gang und gäbe waren. Dieses Ansehen, das das deutsche Geer zu unsrer aller Freude genießt, hat schwer gelitten durch diese Vorkommnisse. Ob freilich die Bezeichnung Panama berechtigt war, ist eine andre Frage. Unter Panama versteht das Gericht Korruption schlimmster Sorte. Um eine solche handelt es sich hier nicht. Hier haben drei Unteroffiziere und ein mittlerer Beamter sich dazu herbeigelassen, für die Mitteilungen gewisser Dinge kleine Geldbeträge und freie Reisen entgegenzunehmen. Das ist kein Panama. Drei Unteroffiziere und ein mittlerer Beamter, was will das heißen in einem Geere von über 500 000 Mann. Sie sind durch die Einwirkungen eines höchst gewandten Mannes zu Falle gebracht worden. Wir haben Zehntausende von Beamten, Unteroffizieren und Gemeinen im Geere, denen die schwerwiegendsten Sachen anvertraut sind. Diese Zehntausende haben sich niemals verleiten lassen, etwas zum Nachteil des Staates zu tun. Aber das Wort Panama ist ausgesprochen worden, und die Geeresverwaltung hatte selbst das größte Interesse daran, diese Verhandlung möglichst öffentlich zu führen, um das Wort Panama, wenn irgend möglich, auszumergen. Das letztere ist geschehen. Aber es ist mit dem Nachteil für die Geeresverwaltung verbunden, daß diese Vorgänge jetzt so weit bekannt wurden. Diese Nachteile müssen sich die Angeklagten zuschreiben lassen. Sie haben diese Gerichtsverhandlung mit verursacht. Leider ist das Gericht nicht in der Lage, diese Nachteile so zu verwickeln, daß sie für alle Zeiten verschwinden. Bekanntlich gehen die Ehrabschneidungen mit Windeseile weiter und ziehen immer weitere Kreise. Aber wenn

ein solcher Ehrabschneider

widerruft, dringt der Widerruf nicht weiter. Es bleibt immer etwas hängen, und es gibt viele, die sagen: es ist doch etwas an der Sache. Also trotz des glücklichen Ausgangs des Prozesses ist das Ansehen der Geeresverwaltung schwer geschädigt worden. Die Angeklagten haben dazu den Anstoß gegeben, und zwar gilt das für alle Angeklagten, nicht nur für die, von denen Kornwalzer dem Abgeordneten Liebknecht in die Hände gefallen sind.

Bei der Strafzumessung hat das Gericht erwoogen, daß die Angeklagten durch das gewandte Wesen Brandts zweifellos wertgehend bearbeitet worden sind. Brandt war ein großer Menschenkenner und war den Angeklagten weit überlegen. Immerhin handelte es sich nicht nur um junge Soldaten, bei denen man vielleicht ein Auge hätte zudrücken können. Es handelt sich um Leute in besonderen Stellungen, die das in sie gesetzte Vertrauen um geringer Vorteile willen schon über die Strafe hinaus erfordern. Das erfordert immerhin eine erhebliche Strafe. Bei sämtlichen Angeklagten hat das Gericht auch die Gefahr eines erheblichen Nachteils angenommen, denn die Gefahr lag vor, daß das Material auch in andre Hände kommen könnte. Andererseits haben sich die Angeklagten bisher tabellos gefügt. Das Wort Verletzung hat jedoch bei uns einen üblen Klang, und Beamter und Bezeichnung sind Dinge, die wir nicht zusammenbringen können. Aus allen diesen Gründen hat das Gericht auf die oben erwähnten Gesamtstrafen erkannt. Eine Anrechnung der Untersuchungshaft hat das Gericht nicht vornehmen können, weil nach seiner Ansicht die Strafen an sich schon sehr milde sind.

Der Angeklagte Pfeiffer meldete sofort Berufung an. Die übrigen Angeklagten behielten sich eine Erklärung vor.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 6. August 1913.

Die französischen Generalratswahlen.

Alle 3 Jahre werden in Frankreich die Hälfen der Generalräte und der Kantonalräte neu gewählt. Die Generalräte sind Verwaltungskörperschaften, die sich mit den Angelegenheiten des Departements zu befassen haben, deren es in Frankreich 86 gibt. Sie versammeln sich zweimal im Jahre zu zweitägigen Sessionen. Sekundärabgaben, Straßen, Krankenhäuser, Schulen usw. unterliegen ihrer Beratung, doch sind ihre Beschlüsse nur gültig, soweit der Vertreter der Regierung, der Präfekt, dagegen keinen Einspruch erhebt. Der Einfluß des Präfekten erreicht dann an der Macht des Parlaments seine Grenze. Stellungnahme zu politischen Fragen ist den Generalräten untersagt, doch ist es ein alter Brauch, daß die Generalräte zu Beginn ihrer Sessien in irgendeiner Form ihrer Meinung zu den herrschenden politischen Fragen Ausdruck geben. Diese Meinungsäußerungen sind freilich rein platonische. Schließlich haben die Generalräte den durch die Departements aufzubringenden Steuerfuß auf die Kantone zu verteilen, während die Kantonalräte die Verteilung auf die Gemeinden vornehmen. Die einzige offizielle politische Tätigkeit der General- und Kantonalräte besteht in ihrer Eigenschaft als Senatswähler, wobei sie jedoch auch nur eine kleine Pflanzstätte bilden, weil die Gemeindevertretungen gleichfalls Senatswähler aus ihrer Mitte bestimmen.

Es ist also begreiflich, daß bei den Generalratswahlen der politische Kampf nur eine untergeordnete Rolle spielt. Soweit von einem Kampfe gesprochen werden kann, spielt er sich zwischen „Republikanern“ und „Reaktionären“ ab, meist jedoch ist er auf das persönliche Gebiet beschränkt. Die sozialistische Partei beteiligte sich früher nur ganz sporadisch an den Generalratswahlen. Erst seit den vorletzten Wahlen ist die Beteiligung eine stärkere geworden. Auch bei den am letzten Sonntag vorgenommenen Wahlen war die sozialistische Partei nur in einer Minderheit der Wahlkreise beteiligt. Die Wahlperiode dauerte nur 2 Wochen und wurde noch abgekürzt durch die gleichzeitige Tagung des Parlaments. In vielen Wahlkreisen fand nicht eine einzige Wahlerversammlung statt. Trotzdem war die Wahlbeteiligung diesmal stärker als sonst, was aus der geringfügigen Zahl von Enthaltungen infolge schwacher Wahlbeteiligung hervorgeht. Um im ersten Wahlgang gewählt zu sein, genügt es nämlich nicht, die Mehrheit zu erlangen, der Gewählte muß mindestens ein Viertel der Stimmen der Wahlberechtigten erhalten.

Bedeutende Verschiebungen haben, wie zu erwarten war, nicht stattgefunden. Unsere Genossen dürften in der Stichwahl noch etwa 15 Sitze holen. Soweit die künftigen Parteien in Frage kommen, ist eine kleine Verschiebung nach links eingetreten, die bei den Stichwahlen noch schärfer hervortreten wird. Diese Resultate beziehen sich jedoch nur auf die Generalräte. Ueber die Resultate zu den Kantonalräten ist eine Statistik nicht aus-

gegeben. Soweit uns Nachrichten uns Parteikreisen vorliegen, ist nicht nur eine stärkere Beteiligung an den Wahlen, sondern auch eine außerordentliche Zunahme der sozialistischen Stimmen zu verzeichnen. Besonders erfreulich ist das Resultat im Departement, wo von 34 zur Wahl stehenden Mandaten 6 von den Sozialisten erobert wurden, davon 3 neu, während ein Mandat verloren wurde und wo wir in der Stichwahl noch 3 Mandate holen werden. Außerdem wurden neun sozialistische Kantonalräte gewählt und ein weiteres Mandat ist uns in der Stichwahl sicher. Auch in den Departements Douche-du-Rhône, Allier und Var haben die Sozialisten glänzend abgeschnitten. Alles in allem ist ein merkbarer Fortschritt zu verzeichnen.

Der neue Balkanrieg.

Vor dem Friedensschluß.

Die Rumänen schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß es ihrer Vermittlung gelingen wird, bis Freitag mittag den Ablaufstermin des Waffenstillstandes, den Friedensschluß durchzusetzen. Einige Meldungen geben sogar den Donnerstag schon als Tag des Endes an. Die Rumänen schöpfen ihre zurechnende Erwartung aus dem eignen Verhalten. Es macht in der Tat den Eindruck, als ob der rumänische Ministerpräsident Majorescu die Rolle des Mittleren m. Geschick führte. Er hat begreiflicherweise zuerst gefordert, was sein Land von Bulgarien fordert; aber dieser Vertrag soll durchaus nicht ein Sonderabkommen sein, abgetrennt von den andern Verhandlungen und für sich gültig. Es soll bloß in Gemeinschaft mit den übrigen Verträgen zu Gültigkeit kommen. Ja wenn man dem Interview glauben darf, das der „Temps“ veröffentlicht, so sieht sich Rumänien nach wie vor auf der Seite der Verbündeten, wobei es freilich mächtig einzuwirken sucht. Dabei kommen die eingebornen Interessen Rumäniens zum Ausdruck.

Die Hauptschwierigkeit bildet der Streit um den ägäischen Hafen Kavalla. Indessen scheinen die Bulgaren sich jetzt schon damit zu trösten, daß die Mächte ihnen die Stadt zusprechen werden, wenn auch der Vertrag sie Griechenland zuweist. Nun die „Revision der Mächte“ ist so eine Sache. Leicht wird sie nicht fallen, und Rumänien läßt es seine ernsteste Sorge sein, dem Nachprüfungsrecht Europas möglichst wenig übrigzulassen. Allein immerhin versteht man, warum Rußland sich bemüht, diesen von Griechen bewohnten Hafen den Bulgaren zu verschaffen. Das stets zarentreue Bulgarien soll machtvoll ins Ägäische Meer rücken, die Fahne des Slaventums auf griechischem Gebiet über dem südlichen Meer aufgezogen werden.

Die Frage bleibt nur, ob diese spätere russische Anstrengung von Erfolg gekrönt sein wird. Es spricht nicht viel dafür, denn die Türken halten entgegen den slavischen Interessen auch noch Adrianopel und richten sich dort wieder häuslich ein.

Letzte Meldungen.

Ab. Paris, 6. August. Nach einer Blättermeldung aus Butarest soll ein bulgarischer Delegierter den rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu gefragt haben, welche Haltung Rumänien beobachten würde, falls Bulgarien nach der bulgarisch-rumänischen Grenzvereinbarung die Feindseligkeiten gegen Serbien und Griechenland wieder aufnehmen würde. Majorescu habe geantwortet, dann würden die rumänischen Truppen am Sonnabend in Sofia einrücken.

Ab. Sofia, 6. August. Die außerordentliche Session der Sobranje ist gestern geschlossen worden.

Ab. Sofia, 6. August. (Meldung der Agence Bulgare.) Der Einfall der türkischen Truppen in bulgarisches Gebiet hatte unter den in Bulgarien internierten türkischen Kriegsgefangenen, deren Zahl etwa 100 000 beträgt, eine ziemlich unruhige Stimmung hervorgerufen. Eine Gruppe türkischer Kriegsgefangener, die unter Eskorte aus dem Einfall der Türken bedrohten Orten nach Stara Zagora gebracht wurde, versuchte in der Nähe dieser Stadt zu entweichen, in der Hoffnung, die türkischen Truppen, die sie in der Nähe wähten, zu erreichen. Als die in Stara Zagora internierten türkischen Kriegsgefangenen das Gewehrfeuer vernahmen, glaubten sie, daß türkische Kavallerie herankomme und eilten in das Waffenbepot, um sich mit Waffen zu versehen. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß. Mehrere Türken wurden getötet und verwundet. Auch einige bulgarische Soldaten und Zivilisten wurden getötet und verwundet. Eine Anzahl der türkischen Kriegsgefangenen wurde von den in Nordbulgarien eingedrungenen rumänischen Truppen in Freiheit gesetzt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. August 1913.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Bezirksversammlungen für die Stadtteile Sudenten, Alte Neustadt und Magdeburg-Süd fanden am Dienstag abend statt. Wir erhielten darüber folgende Berichte:

Magdeburg-Süd. Die Bezirksversammlung tagte im Lokal von Mollenhauer in der Großen Junferstraße. Ueber den Parteitag in Jena referierte Genosse Wittmann a. d. Zu der Frage des Massenstreiks betonte der Redner, daß alles darangesetzt werden müßte, die Vorbedingungen für einen Massenstreik zu schaffen. Damit er, wenn er einmal komme, auch siegreich durchgeführt werden könne. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Seidler, der sich gegen die in Berlin geäußerte Meinung wandte, daß die Gewerkschaften gewissermaßen ein Hemmnis des Massenstreiks seien. Die Bezirksversammlung stimmte dem am Montag in der Wilhelmstädter Bezirksversammlung angenommenen Antrag an den Parteitag zur Arbeitslosenfrage — Wortlaut siehe in gestriger Nummer — ebenfalls zu. Als Delegierte zum Parteitag wurden vorgeschlagen die Genossen Gennig, Frenzel, Klüß und Frau Kahner. Zur Statutenänderung wurde beim § 3 beschlossen, daß bei Erwerbslosigkeit — statt Arbeitslosigkeit — die Beitragspflicht ruht. Des Einpruchs wegen, den der Wanzleben Kreisvorstand gegen § 5 erhob, wurde beschlossen, daß bei Reichwerden gegen Mandatsträger, deren Mandat für neugemeindete Gebiete Magdeburgs in Frage kommen, Delegationen der betreffenden auswärtigen Kreisorganisationen zu den Verhandlungen zugezogen werden sollen. Zum § 7 wurde beschlossen, die Worte zu streichen, daß der Ausschuß „Kontrollinstanz über die Geschäftsführung des Vorstandes“ sein soll. Zu dem § 8 wurde beschlossen, im Absatz 2 statt „Stadt“

Verordneten-Fraktion" zu sehen, die Stadtverordneten des Reichstagswahlkreises Magdeburg, sowie hinter "Betriebe" anzufragen, und den Distriktsleiterern. In Stelle des verzogenen Genossen Frefino wurde als zweiter Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Genosse Redakteur Müller vorgeschlagen. Mit einem Hinweis auf den Vereinsausflug am 10. August und die Generalversammlung am 11. August schloß dann der Bezirksleiter Genosse Hübner die Versammlung.

Sudenburg. In der von Frauen gut, indes von den männlichen Mitgliedern recht mäßig besuchten Versammlung des Bezirks Sudenburg widmet der Vorsitzende vor Eintritt in die Verhandlungen dem verstorbenen Parteiveteran Wilhelm Bartels einen warm empfundenen Nachruf. Ueber die wichtigsten Aufgaben, die der diesjährige Parteitag zu erfüllen haben dürfte, referiert Genosse Brandes, der das Problem des politischen Massenstreikes sowie die Stellungnahme der Fraktion im Reichstag bei der Wehrvorlage als die beiden Punkte herausgriff, die geeignet seien, auf der Jenaer Tagung eingehend erörtert zu werden, um eine Klärung der widersprechenden Meinungen hierüber herbeizuführen. — Als Kandidaten für die Delegierten nominierte die Versammlung die Genossen Henning, Schumann und Frenzel, sowie auf Vorschlag der Frauen die Genossin Raßner. — Der Genosse Klügge als Mitglied der Statutenberatungskommission erklärte den von der letzteren ausgearbeiteten Entwurf, dem die Versammlung mit einem Zusatz des Genossen Brandes zu § 5, wonach bei Behandlung von Beschwerden gegen Mitglieder von kommunalen Mandaten eine Vertretung desjenigen Reichstagswahlkreises, dem der Mandatsinhaber angehört, zugezogen werden soll, zustimmt. — In Stelle des verzogenen zweiten Vorsitzenden, Genossen Frefino, wurde die Kandidatur des Genossen Baumann unterzucht. — Der Genosse Kaiser bedauert unter "Verschiedenem" das Fehlen eines Verzeichnisses derjenigen Lokale, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, welcher Mangel sich namentlich bei Ausflügen recht bemerkbar mache. — Genosse Hölle erinnert die Musik- u. Vereine daran, daß die Partei hier in Magdeburg eine äußerst leistungsfähige Druckerei ihr Eigen nenne. Im so mehr müsse es befremden, daß man immer wieder Druckfachen von Korporationen, die sich nur aus Arbeitern rekrutieren oder auf Arbeiterbesuch bei ihren Veranstaltungen reflektieren, zu Gesicht bekomme, die in Druckereien hergestellt seien, welche nicht einmal den Namen nach bekannt seien. Das gleiche gelte von Plakaten, die hier im Saal aushängen. Beschlossen wurde die Veranstaltung eines Herbstbergnugens und eine Kommission hierfür gewählt. Nachdem noch auf den Wahlfrieden-Ausflug hingewiesen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Alte Neustadt. Die Versammlung war mäßig besucht. Genosse Klügge sprach zunächst über die Ursachen des Stillstandes in der Mitgliederbewegung der Gesamtpartei. Der Reichstagsfraktion müsse Anerkennung gesollt werden für ihre Tätigkeit. Man habe es verurteilt, daß die Fraktion nicht mit größerer Energie die Massen zum Kampfe gegen die ungeheure Ausrüstungsvorlage aufrief. Massenaktionen lassen sich aber nicht nach Belieben einfalten, sie müssen aus dem Volke selbst entspringen. Ein großes Ziel für eine Massenaktion wäre in der nächsten Zeit, die jedenfalls beherrscht wird von den Schrecken einer Wirtschaftskrise, die Reichsarbeitlosenunterstützung. Ueber den Massenstreik muß diskutiert werden, damit sich die Arbeiter klar werden über seine Anwendbarkeit und seine Wirkung. Die Forderung von Jena, daß er gegebenenfalls als mächtige politische Waffe gebraucht werden muß, darf nicht vergessen werden. Als alleiniges Kampfmittel im preussischen Wahlrechtskampf darf aber der Massenstreik nicht angesehen werden. Hier gilt es vor allem: Die Köpfe revolutionisieren, allen Volksteilen, die unter der preussischen Inflation leiden, die bringende Notwendigkeit einer Demokratisierung des Wahlrechts immer wieder nachzuweisen. Genosse Faust hält die Zeit für den Massenstreik noch nicht für gekommen. Genosse Gries kann die Stellung der Fraktion zur Tagesvorlage nicht verstehen. Genosse Klügge unterbreitet den schon von Wilhelmstadt angenommenen Antrag an den Parteitag, der verlangt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt wird. Genosse Faust stellt im Namen der Alte Neustädter Funktionäre folgende Anträge: 1. Der Parteitag möge beschließen, daß künftig am 1. Mai für Referate Entschädigung nicht mehr gezahlt wird. Fahrgeld ist zurückzuführen. 2. Der Parteitag möge danach hinwirken, daß sogenannte Schwindelexerate in den Inferatenteil des "Wahnen Jacobs" nicht mehr aufgenommen werden. Genosse Seeger mündet sich gegen den Antrag Klügge, Genosse Müller spricht für den Antrag. Die Anträge werden angenommen. Als Delegierte zum Parteitag werden vorgeschlagen die Genossen Faust und Henning und Genossin Raßner.

Zum Statutenentwurf beantragt Genosse Dietrich, im § 3 zu bestimmen: "Bei Arbeitslosigkeit ruht die Beitragspflicht." Die Bestimmung: "wenn dies im Parteifretariat oder beim Bezirksleiter beantragt wird" ist zu streichen. Genosse Raßner will, daß auch in Krankheitsfällen die Beitragspflicht ruht und beantragt deshalb zu setzen: "Bei Erwerbslosigkeit usw." Der Antrag Dietrich mit der Ergänzung Nachlass wird angenommen. Angenommen wird ebenfalls ein Antrag des Genossen Seeger, im § 8 zu bestimmen, daß in der Funktionärsgewalt von jeder Abteilung des Parteifretariats ein Delegierter Sitz und Stimme hat. Das Schreiben des Parteivorstandes von Wangleben verliest Genosse Faust. Die Versammlung hält in ihrer Mehrheit den Einwand der Wangleber Genossen für unberechtigt.

Für Genosse Frefino wird Genosse A. Bethge als zweiter Vorsitzender vorgeschlagen.

— Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Montag den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, im "Sachsenhof", Große Storchstraße 7, statt. Die Versammlung hat Stellung zum Parteitag in Jena zu nehmen. Außerdem müssen die Delegierten für den Parteitag gewählt werden. Als 2. Punkt steht auf der Tagesordnung die Statutenberatung. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

** Die Liste der stimmfähigen Bürger (Gemeindegewählerte) liegt vom 15. bis einschließlich 30. d. M. zur Einsichtnahme offen: für die Altstadt im Steuerbureau, Spiegelstraße 1, I. Zimmer 9, für die Wahlbezirke Sudenburg, Neustadt und Budau in den Rathhäusern, daselbst, für den Wahlbezirk Fernerleben - Lemsdorf - Salbte - Westerhüsen im Rathhaus zu Sudenburg und in den Verwaltungsbureaus Fernerleben und Salbte von 8 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends von 8 bis 2 Uhr, und für den Wahlbezirk Notjensee - Cracau - Prefter im Verwaltungsbureau Cracau in derselben Zeit, und im Verwaltungsbureau Notjensee von 9 bis 12 Uhr vormittags. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben. Sie sind schriftlich einzureichen oder bei den an den Auslegungsorten anwesenden Beamten zu Protokoll zu erklären.

Stadtverordnetenwahlen finden im Herbst dieses Jahres nur für die zweite Abteilung statt, und zwar sind drei Mandate neu zu besetzen. Für die in Budau gewählten Stadtverordneten Schmidt 1 und Böhmke ist wegen Wlause der Wahlperiode eine Neuwahl vorzunehmen, während in der Neustadt für den verstorbenen Stadtverordneten Schäfer eine Ersatzwahl stattfinden hat.

— Wegen Zuhälterei verhängte die hiesige Strafkammer am Dienstag eine hohe Strafe über den Arbeiter Fritz Herwig von hier. Er wurde in nichtöffentlicher Sitzung wegen Zuhälterei in zwei Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrenverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. Sechs Wochen Untersuchungshaft werden als verbüßt angerechnet.

— Zum Bau der Vorortbahnen. Die Magdeburger Vorortbahnen-Aktiengesellschaft hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht dürften folgende Mitteilungen Interesse erwecken: "Durch die Eingemeindungsverträge ist die Stadt Magdeburg verpflichtet, die Vororte Fernerleben, Salbte, Westerhüsen und Cracau durch Straßenbahnen mit Alt-Magdeburg zu verbinden. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung hat die Stadt die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Straßenbahn von der Grenze zwischen Fernerleben und Budau im Zuge der Schönebecker Straße bis Salbte und von der Magdeburg-Cracauer Grenze bis zur Dorfstraße Cracau nachgesucht und erhalten."

Zur Ausnutzung dieser Genehmigung ist die Stadt in Verhandlungen mit den Bergmann-Elektrizitäts-Unternehmungen, Akt.-Ges. Berlin, getreten. Diese Verhandlungen haben am 4. November 1910 zum Abschluß eines Konfidential-Vertrags mit dieser Firma und am 27. August 1912 zur Gründung der Magdeburger Vorortbahnen, Aktiengesellschaft in Magdeburg, geführt. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und Betrieb von elektrischen Bahnen zwischen Magdeburg, Schönebeck, Bad Elmen, zwischen Magdeburg und Cracau sowie zwischen Magdeburg und dem Industriegebiet, ferner der Bau und Betrieb anderer elektrischer Bahnen in Magdeburg und Umgegend auf eigene oder fremde Rechnung. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 25 Millionen Mark und ist in 2500 Aktien über je 1000 Mark zerlegt. Hier von sind bis jetzt 25 Prozent des Nennwertes eingezahlt worden.

Was den Bau der Linien anlangt, so erleidet die Inangriffnahme der Hauptlinie von Magdeburg nach Schönebeck dadurch eine Verzögerung, daß der Straßenzug von Westerhüsen bis Budau in diesem Jahre kanalisiert werden soll. Mit Rücksicht auf die Kanalisationsarbeiten, die den Straßenbahnbau ungünstig beeinflussen würden, ist der Beginn der Bauarbeiten der Straßenbahn auf nächstes Jahr verschoben worden.

Die Gesellschaft hat in ihrem ersten Betriebsjahr, das vom 27. August v. J. bis zum 27. März d. J. lief, bereits einen Ueberschuß erzielt von 13 195 Mark. Einem Zinsenertrag in Höhe von 16 244 Mark stehen Kosten von 3014 Mark und Kurserlust auf Effekt mit 35 Mark gegenüber. Dem Referendums werden 5 Prozent = 660 Mark zugeführt und 12 535 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Stadtrat Dr. Mueller, Vorsitzender, Jock Pittink (Bergmann-Elektr.-Werke, Berlin), stellv. Vors., Stadtrat Wendmann und Stadtrat Rabe, Magdeburg; Direktor Dr. Steiner (Elektrische Licht- und Kraftanlagen Akt.-Ges.), Direktor Wilhelm Steinert (Bergmann Elektr. Werke), Direktor Wilhelm Tellmann (Städt. Elektrizitätswerk, Magdeburg).

— Das Strandbad — eine Gefahr für die Moral. Der hiesige "Central-Anzeiger" bringt einen längeren mit R. B. unterzeichneten Sprechsaalartikel, der sich mit den "unsittlichen Zuständen" des neuen Strandbades beschäftigt. Es war vorauszusetzen, daß es Leute geben würde, die an dem fröhlich-natürlichen Treiben da draußen auf dem Blumenthalswerder Anstoß nehmen würden, nur kommt der moralisierende Warnungsruuf von R. B. etwas reichlich spät. Der Artikel bringt auch durchaus nichts Neues. Ueberall wo diese im Interesse der Volkshygiene errichteten Einrichtungen geschaffen wurden, hat es nicht an ähnlichen und schärferen Kritiken gefehlt. Es hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß alle diese Spießhühner mit einem weit über das Ziel hinausgeschossen hatten. Die Zeitung des Strandbades und auch die Mitglieder des hiesigen Badeausschusses sind sich darüber völlig klar gewesen, daß es auch in Magdeburg im Anfang zu keinen Ungehörigkeiten kommen würde und daß diesen Ungehörigkeiten, gleichgültig von welcher Seite sie begangen werden, mit Nachdruck und Energie entgegengetreten werden muß. Daß bei einem Besuch von 14 000 bis 16 000 Menschen das vorhandene Aufsichtspersonal nicht ausreicht, ist längst erkannt, daß sich unter dieser großen Besucherzahl, die sich aus allen Gesellschaftsschichten zusammensetzt, immer einige Mümpel befinden werden, auch das dürfte jedem Einsichtigen einleuchten. Deshalb aber das Strandbad für eine "Börse der Dirnen", eine "Gefahr für die Moral", einen "Tummelplatz für schamloses, gemeines Treiben von Zuhältern und Dirnen" zu bezeichnen, geht denn doch zu weit. Erstlich kann man gegen derartige die Uebertreibung an der Stirn tragende Ausdrücke und Wendungen nicht polemisieren. Nur wer eine unreine Phantasie hat, kann zu solchen Auffassungen wie R. B. kommen. Leute mit gesundem sittlichem Empfinden sehen in dem gemeinsamen Baden beider Geschlechter einen großen Vorteil. Der Mitleid zum natürlichen Geschlechtsempfinden, das in unserer modernen Zeit sonst recht ausgeartet ist, wird dadurch nur gefördert. Sittlichkeitsfeyer, die sich im Strandbad nicht wohl fühlen, mögen sich von ihm fernhalten. Auswüchse werden ganz von selbst verschwinden; dafür sorgt zu einem guten Teile das Publikum selbst, indem es jeder, der sich rüpelhaft benimmt, schnell "Mores zu lehren" weiß. Auch andere Mißstände, die noch in diesem Jahre in die Erscheinung getreten sind, werden im nächsten Jahre nicht mehr wahrgenommen werden. In den beiden Berliner Strandbädern, am Müggelsee und Wannsee, bestand die von R. B. gewünschte Einrichtung der gesonderten Geschlechter. Schon nach wenigen Tagen hatte sich jedoch die Unübersichtlichkeit dieser Anordnung herausgestellt. Und kommt es nicht jetzt wieder ähnlich so in Köln? Wenn es heute noch mehr Neugierige als Badende gibt, so wird sich dies Verhältnis, wie es überall geübt ist, in kurzer Zeit zugunsten der letzteren verschieben. Damit dürfte der Moralist R. B. wenn auch nicht zufriedengestellt, so doch erlebzig sein.

— Verurteilter Selbstmord. Der Schneiderlehrling Otto K. versuchte am Dienstag nachmittags in selbstmörderischer Absicht sich in der Tarben Elbe in der Nähe der Salzquelle zu ertränken. Durch einen Partwächter, welcher noch rechtzeitig die Hilferufe hörte, wurde der Lebensmüde herausgeholt und dem Krankenhausteilstadt zugeführt. Auf einem zurückgelassenen Zettel fanden die Worte: "Ich habe keine Lust mehr zum Leben; ich will zu meinem Vater!"

— Leichenlandung. Am Mittwoch vormittag um 6 1/2 Uhr ist im rechten Flußbett der Stromelbe an der Kleinen Werderpöbde die noch frische Leiche einer unbekanntenen Mannsperson gelandet und nach dem Westfriedhof geschafft worden. Der Verstorbene ist etwa 19 Jahre alt, 1.75 Meter groß, schlank, hat rundes Gesicht, blondes Haar und ist nur mit einer roten Badehose bekleidet. Zweifelloß liegt ein Unglücksfall vor.

× Gestohlen wurden aus einer Bodenkammer im Hause Gartenstraße Nr. 8 vier Damastdeckbette und sechs Kopfsissenbezüge, vier rotgebundene Deckbette und vier Kopfsissenbezüge, sechs weisse Bettlaken, vier gelbliche Herrennormalhemden, fünf weiße Damenhemden mit Spitzen, acht größere Kinderhemden, zehn weiße Handtücher, zehn Küchenschandtücher, mehrere Taschentücher und mehrere Paar Strümpfe; aus einer Laube, die sich am Fernerleber Weg befindet, zwei Rannischen (ein graues und ein schwarzes); vor der Hauptpost ein Damenfahrrad "Eveland"; aus dem Fahrradkuppel einer Fabrik in der Schönebecker Straße ein Fahrrad "Reform 155"; aus einer Bodenkammer in der Sternstraße eine vergoldete Brosche mit einem Opal, ein goldener Ring mit drei kleinen Opalen und ein goldener Schlangerring; aus einer Hude auf dem Schuppenfestplatz ein Karren, enthaltend: einen Kleiderrock, zwei Schürzen, ein Paar Pantoffel und ein Portemonnaie mit etwa 11 Mark.

— Fahrraddiebe fanden am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer. Es waren die Hausdiener Paul Langheinrich aus Langenberg und Walter Maus aus Sydow. Die beiden lernten sich im Juni d. J. auf einer Herberge zu Magdeburg kennen und verabredeten, Fahrräder zu stehlen. Sie stahlen denn auch am 19. und 20. Juni von der Straße je ein Rad, fuhren darauf nach Leipzig und verkauften es dort. Die Kammer verurteilte Langheinrich, der sich in trübseligem Rückfall befindet, zu 9 Monaten, Maus zu 2 Monaten Gefängnis, worauf je 1 Monat Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wird.

× Festgenommener schwerer Dieb. Am 4. d. M. wurde hier ein angeblicher Arbeiter Paul Schäfer, am 4. Juli 1888 zu Leipzig geboren, wegen Verdachis des verurteilten Fahrraddiebstahls festgenommen. Er hatte sich in einem Hausflur in der Großen Mützstraße zu schaffen gemacht, aus dem vor einiger Zeit zwei Fahrräder gestohlen waren und in dem auch jetzt wieder zwei Fahrräder standen, die aber angezogen waren. An seinem Aufstreben bei der Kriminalpolizei sah man schon, daß man es mit einem raffinierten Menschen zu tun hatte. Ausweispapiere besaß er nicht und es wurde sofort angenommen, daß er sich eines falschen Namens bediente. Trotz aller Vorhaltungen blieb er aber dabei, daß der angegebene Name richtig sei. Nachdem bei mehreren Polizeiverwaltungen von Städten, in denen er in Stellung gewesen sein oder gewohnt haben wollte, die telegraphischen Nachrichten eingingen, daß ein Schäfer völlig unbekannt sei, bequeme er sich zu dem Geständnis, daß er der Arbeiter Paul Lippert, am 1. Juli 1888 zu Leipzig geboren und Anfang März d. J. auf einem Transport von Delitzsch nach Braunschweig entwichen sei. Er wird von der Staatsanwaltschaft in Hildesheim wegen versuchten schweren Diebstahls und intellektueller Urkundenfälschung und von der Staatsanwaltschaft in Lüneburg zur Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten festerblich verfolgt. Seiner hier verhafteten Braut hat er am 30. Juli eine sächsische Adjutantenkappe gesandt, ihr auch ein Damenfahrrad "Horizont" (Fabriknummer 204) geschenkt, das er in Bitterfeld gestohlen haben will. Er ist im Besitz von mehreren guten Anzügen und eines hellgelben Regenmantels und wird diese Sachen auch nicht reell erworben haben. Ob er hier eine Anzahl Fahrräder gestohlen hat, müssen erst die weiteren Feststellungen ergeben.

× In Haft genommen wurde der Freizeithelfer Richard Sch. von hier, der mit einem 13 Jahre alten Knaben in seiner Wohnung unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. — In der in Nr. 180 gemeldeten Inhaftierung eines Dieners Peter W. wegen Diebstahls werden wir gebeten, mitzuteilen, daß der Betreffende nicht Diener, sondern Hilfsarbeiter bei den Töpfern ist.

— Verloren wurde ein Paket Holzarbeiter-Zeitungen und ein Verbandsbuch. Es wird um Zurückgabe im Bureau, Große Storchstraße 7, oder bei Herrn Ratho, Belforstraße 15, gebeten.

— Kleinfener. In der Nacht zum Mittwoch wurde der Böschzug 1 nach Pionierstraße 2 gerufen. In einem Backhaus war eine vor dem Herd stehende Kiste mit Feuerungsmaterial in Brand geraten. Die Flammen konnten schnell gelöscht werden.

— Internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege finden von heute bis Freitag statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Konzerte, Theater etc.

(Mitteilungen der Direktoren.)

*** Victoria-Theater.** Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr hat Herr Hermann Nordens sein Benefiz und spielt Herr Nordens die Rolle des Salomon in "Die fünf Frankfurter". Freitag geht zum zweiten und letzten Male "Die Generalrede" in Szene. Am Sonnabend bei ermäßigten Preisen "Hofmann", Sonntag, nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen "Die spanische Fliege". Am Montag und Dienstag gastiert Herr Hans Mühlhofer. Es gelangt "Der Andre" sowie "Die goldene Ebe" zur Aufführung.

*** Zentraltheater.** Am Mittwoch den 13. August wird "Der kleine König", dieses neueste Werk des durch sein "Herbstmännchen" bekannt gewordenen ungarischen Komponisten Emmerich Kalman im Zentraltheater seine Premiere erleben. Die Ereignisse, welche sich im verflochtenen Jahre in Portugal und speziell in Lissabon abspielten, bilden den — wenn auch nur wenig merkwürdigen — Hintergrund der Handlung dieses Stückes. Wir lernen einen jungen König kennen, den Regierungsgeschäfte noch nicht allzusehr locken, der aber leicht empfänglich ist für Frauen und Frauenzünfte. Dies wird sein Unglück, denn es bildet für eine revolutionäre Partei die Veranlassung, ihn vom Thron zu stürzen, schafft ihm andererseits aber — wenn auch erst im Exil — sein wirkliches echtes Lebensglück. Gaby Deslys, deren Bilder ihrer Schönheit und ihrer Kunst wegen, sich hypermodern und doch geschmackvoll zu kleiden, durch die Journale aller Welt gingen, wird in untrer Operette als Baza eingeführt. Uebrigens hat Gaby Deslys in dieser ihrer eignen Rolle eine Tournee mit der Operette "Der kleine König" durch Amerika gemacht. Paz Ferrer, die nicht müder bekannte, erscheint unter dem Namen Anetta Montacini. Und sie, die dazu bestimmt war, den König zu töten, wird durch sein lebenswürdiges Wesen hingerissen, liebt ihn und folgt ihm in die Verbannung. Natürlich hat sich der Erzdiener nur ganz lose an die Historie gehalten und sein Werk völlig frei nach eigener Phantasie gestaltet; nur hin und wieder sind Anklänge an die Wirklichkeit eingelassen. Ernst und Scherz, köpliche Pieder und ipabige Couplets, Tänze und wichtige Ensemble-Szenen wechseln mit einander ab. Die Handlung erdachten Karl von Batonyi und Franz Martos, die Gesangstexte schrieb Robert Bodanzky. Die Musik der Operette hat bei der Kritik allgemein günstige Beurteilung gefunden.

Letzte Nachrichten.

Pc. Paris, 6. August. Die Gerüchte von dem Verzicht auf die mexikanische Präsidentschaft werden vom Präsidenten Huerta im "Matin" für unbegründet erklärt. Huerta ist seit einischlossen, weiter die Regierungsgewalt auszuüben und gestattet weder seinen mexikanischen Gegnern noch dem Ausland eine Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten Mexikos.

Pc. Newyork, 6. August. Ein interessantes Ergebnis haben die auf Veranlassung der Witwe Emile Zolas in den Sammlungen des Multimillionärs Pierpont Morgan angestellten Nachforschungen ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß Morgan der Besitzer des Manuskripts des berühmten Zolajchen Romans "Nana" ist. Das Manuskript zu "Nana" ist die einzige der Zolajchen Arbeiten, die sich nicht im Besitz der französischen Regierung befindet, der Frau Zola den gesamten literarischen Nachlaß ihres Mannes zur Verfügung gestellt hat.

Wb. Konstantinopel, 6. August. Das in Deutschland gekaufte Kasjebal-Luftschiff führte gestern nachmittags seine erste Fahrt über der Stadt aus, die bisher noch kein Luftschiff gesehen hatte.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 7. August: Zeitweise wolkig, vorwiegend trocken, mäßig warm.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage "Die Rast".

Lange & Münzer

51 Breiteweg 51



TRAUERHÜTE

Trauerkleider
Trauerkostüme:
Trauerblusen:
Handschuhe:
Trauerschleier:

in allen Preislagen und
grösster Auswahl

Anfertigung von Trauerkleidern
innerhalb 24 Stunden

!! Große Partie !!
7. Stücker u. Spachtel-
Blasen sowie in Stoffen
in hell- u. dunkelfarbig
für die Hälfte des Wertes
abgegeben v. 2.50 u. 9.00 an
Jakobstraße 17, 1. Et.

Teppiche

in sämtlichen Farben, darunter
zurückgesetzte mit kleinen Web-
fehlern, fast für die Hälfte,
schon von 9 Mark an. 8181
Jakobstraße 17, 1. Et.

Buchhandlung
„Volksstimme“
Große Münzstrasse 3

Wichtig
für jeden preussischen
Steuerzahler!

Führer
durch das preussische
Einkommensteuer-
gesetz.

Von
Arbeitersekretär Rud. Wissell
mit 19 Formulare
für Reklamationen.
Preis 30 Pfg.

Möbel

billig zu verkaufen! 1 Speise-
zimmer mit gr. Buffet 360 Mk.
echtes Schlafzimmer 225 Mk.
Gerrenzimmer 220 Mk. Salon
(mit Mahag.-Eck.) 275 Mk. Küche
75 Mk. engl. Bett m. Matr. 36 Mk.
Plüschsofa 40 Mk. Schreibtisch
15 Mk. Trumeau 28 Mk. Pianino
300 Mk. gr. Teppich 35 Mk. Näh-
maschine 45 Mk. Plüschgarnit.
100 Mk. 1 eleg. Anfuhrwagen,
Portieren, Nähtisch, billig im
Speicher Breiteweg 188.

Deutsche Möbel-Industrie G. Jenzsch
Damenuhr mit eleg. langer
Kette Mk. 8.50.
Katharinenstr. 11, 1. Et. 3201

Möbel auf Kredit!

1 Bettstelle	Anzahl	2 Bettstellen	Anzahl	3 Bettstellen	Anzahl
1 Matratze	Markt	2 Matratzen	Markt	3 Matratzen	Markt
1 Kleiderschrank	15	1 Kleiderschr.	25	1 Kleiderschr.	40
1 Kleiderschr.		1 Kleiderschr.		1 Kleiderschr.	
1 Tisch		1 Spiegel		1 eleg. Sofa	
4 Stühle		1 Sofa		1 Sofatisch	
1 Spiegel		4 Stühle		1 Vertiko	
1 Küchenschrank		1 Tisch		1 Pfeilerschr.	
1 Küchenschf.		1 Küchenschf.		1 Spiegel	
2 Küchenschf.	Wochenrate 1.50 Mk.	2 Küchenschf.	Wochenrate 2.00 Mk.	6 Stühle	
		2 Küchenschf.		1 Küchenschf.	
				1 Küchenschf.	Wochenrate 3.00 Mk.

Anzahlung 60 bis 75 Mark

2 englische Bettstellen	1 Kleiderschrank	1 komplette Küche mit bunten Scheiben und Messing-Verglasung, bestehend aus:
2 Fajon-Matratzen	1 Vertiko	1 eleganten Buffet
1 Waschtislette mit Marmor und Spiegel	1 eleganter Divan	1 Küchenrahmen
2 Nachttische	1 Sofatisch	1 Handtuchhalter
2 Marmorplatten	1 Trumeau mit Konsole	1 Tisch, 2 Stühlen
2 Stühle	6 Stühle	
	1 Bauernstisch	
	2 Bilder	

Wöchentliche Rate 4 Mark oder monatlich 15 Mark.

Komplette Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, bunte Küche.
für Herren, Burden, Knaben, ein- und zweifelhig.
Anzüge gute Stoffe, tadelloser Sitz
Anzahlung 3, 4, 6, 8, 10, 12 und 15 Mk.
Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Betten, Kinderwagen und Klappwagen mit kleinster Anzahlung. Wochenrate 1.00 Mark.
Nachweisbar weitans größtes Kredithaus ersten Ranges am Platze

S. Osswald

Waren-Kredit-Geschäft 3278
Magdeburg, Alte Ulrichstraße 14

Kredit auch nach außerhalb!

Heu Wasserarbeiten jeder Art
führt aus H. Rothensee, Sudenburg, Braunschweiger Straße 96. 1929

Terror
Dokumente über Terrorismus und Verruf im wirtschaftlichen und politischen Kampfe.
Gesammelt und herausgegeben von Franz Röhle.
Preis gebunden 2.50 Mark.
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstraße 3.

Kaufe junge u. alte Kanarienvögel
gute u. gewöhnliche Sänger, und junge u. alte Weibchen.
Zahle wie bekannt höchste Preise.
Jos. Tischler, Annastr. 25.
Herren- u. Damenrad, eleg. Protb. Berliner Str. 1a, 11 r

Jede Dame
liebt ein gutes reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen und blendend schön. Dies erzeugt **Stedenperd-Seife** (die beste Lilienmilch-Seife) a Stück 50 Pf. Die Wirkung erhöht **Dada-Cream** welcher rote und rissige Haut weiß u. samtweich macht. Tube 50 Pf. bei Victoria-Apothek, Kaiserstr. 94b. Löwen-Apothek, Alter Markt 22. Penningberg & Co. Nachfolger, Wilhelmstraße 19. Rich. Smoth, Fischlerbrücke 22. Gustav Gubert, Jakobstraße 16. Raefebier & Ulrich, Gr. Münzstr. 19. Bernhard Wierich, Viktoriastr. 1. Fern. Lorenz, Alter Markt 28. In Alte Neustadt: P. Geißel. In Wilhelmst.: D. Schmaggagen. In Sudenburg: P. Starkloff.

Zu 74 Pfg. pro Ztr. frei Keller
Liefen wir aus vorliegenden und eintreffenden Kähnen
böhmische Braunstückkohlen
der Gabrielzeche.
Bestellungen, auch für spätere Termine nehmen entgegen:
Verkaufskontor der Gabrielzeche, Breiteweg 262, dem Bismarckdenkmal gegenüber, und folgende Annahmestellen:
Alte Neustadt: Rich. Geißler, Schifferstr. 24, Neue Neustadt: Ernst Wenkel, Lübecker Straße 25, Karl Wenkel, Lüneburger Str. 33, Wilhelmstadt: Herm. Woldt, Große Diesdorfer Straße 226, Sudenburg: Hugo Starkloff, Halberstädter Straße 113, Buckau: Paul Fricke, Schönebecker Straße 114. 3323
Fernsprecher 608 und 1090.

Karl Hottowitz
H.-Buckau Schönebeck Barleben
Schönebecker Str. 34 Salzer Str. 21 Breiteweg 5
2253 Papierhandlung - Buchdruckerei
Lederwaren: Briefkassetten: Andenken
Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Moderne Zimmeruhren
Weder, Herren, Damen- und Knaben-Uhren, Uhren, Schaufächeln, kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
H. Schütze, Uhren- und Schmiedemeister,
Buckau, Schönebecker Str. 115,
gegenüber der Dorotheenstr. 115.
Reparaturen sorgfältig.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Abzahlungsgeschäfte
Auf Credit
Möbel, Betten, Polsterwaren
großes Geschäft auf Art u. Platz
S. OSSWALD
Warenkreditgeschäft,
Magdeburg, alte Ulrichstr. 14

A. Friedländer
Magdeburg, Breiteweg 118
Möbel u. Waren
auf
Kredit.
Besichtigung erbeten.
Gebrüder 1272.

Neuprel
Bürgerliches Brauhaus
Gebrüder A. H. GERO-BRAU
Cracauer Brauerei
G. H. b. H.
Brauereien, Gumbiner.
Keller, Hans, Goldschmidtstr. 16

Erscheint 3 mal wöchentlich
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Rittel, H. (A. Müller), Friedr.-Str. 2a, Schmidt, A., Burg.
Blecker, Konditoreien
Vismann, Gustav, Salika.
Butter, Eier, Käse
Th. Brandes Nachf., Breiter. 124
Cigarr.-Handl., Tabako
H. Krüger Wwe., Lüneburgerstr. 31
Denkstätten
Zähne Karl Söldel, V. Breiteweg 125 II
Drogen u. Farben
Ludwig, Ernst, Fernerleben.
Otto Schatzschagen, Gr. Mühlentor 25
Trappe Ernst, Gust.-Adolfstr. 48
Fahrräd., Nähmasch.
Schapper, Otto, Anhaltstraße 2
Brennerei, Tafelberg-Küder.
Fischhdlg., Delikat.
Martha Heise, Hohenpfortstr. 64
Eckig, Karl, Köcherer Str. 12

Patentbüro Peters
Prälatenstr. 29. Magdeburg.
Tel. Nr. 3718

Fleischerei
Arnold, Otto, Freiestr. 31.
O. Blum, Petersstr. 3, Sp. Th. Wirtz, 5, 3, 2.
Bortfeld, K., Jakobstr. 21.
A. Borchert, Breiteweg 101.
Karl Dinkhardt, Breiteweg 91.
Gresche, Gottfr., Gr. Mühlentor 8.
Kopp, H., Neubaldensleben Str. 5.
Krüger, Gustav, Cracau.
Leitz, W., Neust., Luisenstr. 48.
Lieder, G., Knochenhauer Ufer 3.
Ernst Lippert, Georgenstr. 11.
W. Meyer, Neustädter Str. 12.
Heller, Otto, Oranienstr. 42.
Heinig, Heinrich, Weinbergstr. 20.
Kosch, E., Hennigstr., Ketschenschloß.
Kosch, Ernst, Oranienstr. 41.
Schulz, Fritschberg, 29, Neue St. Eck.
Albert Schunberg, Gr. Mühlentor 27.
Stara, W., Neustädter Str. 10.
Witta, Hermann, Umfassung Str. 50a.
Waldorf, Carl, Bogitzstr. 24.
Fr. Wiedig, Schmecker, Buttarg. 1.

Kolonialwaren
Haberland, Friedr., Petriförder 1
Otto Heinecke, Jakobstr. 20.
Klopp, A., Buck, Grusonstr. 2.
Viebig, K., Sud., Lemsd. Weg 15

Kohl, Holz, Gradekoka
Scheel, A., Halberstädter Str. 45.

Kurz-, Weiß-, Woll-, Strampf
Neumann, E., B. Schöneb. Str. 103

Manufakturwaren
Karlowky, A., Dierdorf.

Obst u. Grünwaren
Blumenthal, Louis, Neust. Str. 20 b.
Hartmann, Heinrich, Feuerstr. 2.

Uhren u. Goldwaren
Bracke, C., Wilhelm-Stadt, Arndtstr. 55

Weiß- u. Wollwaren
Karl Kirmeß, Hansy Gr. Mühlentor 25.
Schöne, Fritschberg, F. Schiller u. Welter.

Warenhäuser
Mohr, Emil, Gr. Ottersleben.
Wild u. Geflügel
Fronsd, Friedr., Feldstr. 3.
Harrmann, A., Nf., Ländelstr. 8

Burg
Gust. Götzke, Lederhll. Waggstr.
Uhren u. Goldwar.
Breiterweg 52.
Färberol
Ernst Kleiner
Chem. Wäscherei.

Förderstedt
"CARL BATHGE"
Groß-Salze
Aug. Schönemeyer, Kolonialwaren

Aken a. E.
Fr. Heenemann, Bäck., Konsumlied.
M. Taub, Bäckerei, Konsumlied.
G. Naumann, Kohlen, Briketts, T. 18

Egeln
Moritz Kaufmann, Konfektion.
Manufaktur- u. Mode-
waren, Konfektion.

Frohse a. E.
W. Helms, Bäck., Kond., Breiteweg
Friedrich Hamann, Kolonialwaren

Gommern
Friedr. Eßpasek, Fleischerstr.
W. Dobritz, Pelz, Hüte, Mütz. sv.
W. Herrndorf, Seilw. u. Lederhllg.
G. Böhm, Uhren, Goldw. u. Brillen
H. Schwantes, Uhren u. Goldwar.

Neuhaldensleben
Rich. Kneisel, Bicker- u. Esslöhler.
R. Berke
Kolonialw., Zigarren
W. Troch, Kolonialw., Wurstw.
A. Schrollner, Tap., Ölfarb., Bilderdist.
K. Wernecke, Bäcker- u. Konditor.
W. Perltitz, Möbel, Spieg., Polsterw.

Oschersleben
S. Hamlet Manufakturwaren,
Herren-, Damen-Konfekt.
P. Unverhau, Dampfbackerei.
Max Staude, Drog., Farb., Tapeten
A. Winkelmann, Hüte u. Mützen.

Schönebeck a. Elbe
F. Gästker, Alkoholfreies u. Bier.
Reinhold Pfeffer, Brot-, Feinbäckerei.
E. Hummel, Brot-, Feinbäckerei.
K. Thieme, Brot- u. Feinbäckerei.
K. Dietrich, Herren-, Knab.-Gard.
A. Brennecke, Schuhw. Big. Rept. Werkstatt.

Stassfurt
S. & M. Grohn Manufakturw.
u. Herr.-Konf.
Stendal
Bergbauerei A.-G.
Otto Richter, Brauerei.
W. Krasawarth, Restauration, Krotzsch.
K. Grothe, Rest., Elisabethstr. 3.
M. Fiedler, Lederhllg., Karlstr. 15.
G. Stabenow, Fleischermeister.

Thale a. H.
Wilk. Wiess, Kolonw., Dolkatess.

Wanzleben
O. Schmierschneider Nachf. Manufakturw.

Wernigerode-Hasserode
Otto Dortmann, Cigarr.-Spezialh.

M. Görnemann, Kolonialwaren.
W. Hildebrandt, Kaufh. f. Lebensmittel.

H. Wegener, Kornbranntweinbr.

Wolmirstedt
A. Fricke, Elbeuer Landbrot.

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis ist die Firma Josef Bismarck in Leipzig verantwortlich. Anfragen sind dahin zu richten.

Beilage zur Volksstimme.

Dr. 183.

Magdeburg, Donnerstag den 7. August 1913.

24. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913.

Organisation.

Die Organisation hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr, was die Mitgliederzahl anlangt, nicht die Fortschritte gemacht, die erwartet wurden. Die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1912 970 112 betrug, ist bis zum 30. März d. J. nur auf 982 850 Mitglieder gestiegen, eine Zunahme um 12 748 Mitglieder oder 1,3 Prozent. Das Hauptkontingent zu dem Mitgliederzuwachs stellen die weiblichen Mitglieder, die um 10 744 zugenommen haben.

Seit Bestehen der Bezirksorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

Jahr	Mitgliederzahl	Steigerung
1906	384 327	—
1907	530 466	38,0 Proz.
1908	587 336	10,7 „
1909	633 309	7,8 „
1910	720 038	13,6 „
1911	836 562	16,1 „
1912	970 112	15,9 „
1913	982 850	1,3 „

Danach haben wir im letzten Geschäftsjahr, das sich allerdings nur auf 9 Monate erstreckt, eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen wie nie zuvor, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an Stagnation grenzt. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich fast gar nicht erhöht. Zweifellos hat ja die Organisation in der inneren Festigung und der Durchbildung ihrer Mitglieder in der verflochtenen Berichtsperiode erhebliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl dürfen wir uns dabei nicht beruhigen, sondern müssen alles daransetzen, auch die numerische Entwicklung der Parteiorganisation wieder auf das allgemahnte Tempo zu bringen.

In 15 Bezirken und 164 Wahlkreisorganisationen hat die Mitgliederzahl absolut abgenommen. Dort müssen die Ursachen jener ungewöhnlichen Erscheinung bloßgelegt und mit allen Kräften dahin gewirkt werden, die Schwärze auszumachen.

51,3 Prozent der gesamten Mitglieder sind in den 36 größten Kreisorganisationen mit über 7000 Mitgliedern organisiert. Ist diese Erscheinung auch vornehmlich auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der beteiligten Kreise zurückzuführen, so ist sie doch bis zu einem gewissen Grad auch durch die große Ungleichheit der Reichstagswahlkreise zu erklären.

Unter dem Druck der sich stetig steigenden Anforderungen an die Finanzen der Organisation hat auch die Erhöhung der Beiträge wiederum Fortschritte gemacht.

Nach der Statistik gibt es keine Kreisorganisation mehr, die von den männlichen Mitgliedern einen geringeren als den im § 5 des Organisationsstatuts der Partei festgesetzten Mindestbeitrag von 30 Pfg. pro Monat erhebt. Im Vorjahr waren es noch drei Kreise. Mit dem Beitrag für weibliche Mitglieder blieben noch vier Kreise mit zusammen 179 weiblichen Mitgliedern unter dem statistischen Mindestbeitrag von 15 Pfg. pro Monat zurück. Es sind das die Kreise Schlochau-Platom, Deutsch-Krone, Wittenberg-Schweinitz, Sangerhausen.

Die Zahl der Wahlkreise, die einen Beitrag von 40 Pfg. pro Monat oder 10 Pfg. pro Woche und darüber von den männlichen Mitgliedern erheben, ist von 177 mit 603 495 Mitgliedern im Jahre 1912 auf 191 mit 645 316 Mitgliedern gestiegen. Von 77,66 Prozent der männlichen Mitglieder wird dieser Beitrag bereits bezahlt.

Im Bestand der Landes- und Bezirkssekretäre ist infolge einer Aenderung eingetreten, als dem Bezirk Breslau die Genossin Wulff aus Berlin als Sekretärin beigegeben ist, und Jonach 50 Genossen in diesen Aemtern tätig sind. Die Sekretärin hat ihre Tätigkeit in allen vier schlesischen Bezirken auszuüben. Im Bezirk Oldenburg wurde für den nach Berlin verzogenen Genossen Schulz der Genosse Meyer aus Bremen, in Frankfurt a. M. für den nach Jena verzogenen Genossen Rudolph der Genosse Ditzmann aus Hanau und in Posen für den nach Halle verzogenen Genossen Lejch der Genosse Sarwin aus Königsberg als Bezirkssekretäre angestellt. In den Kreisorganisationen sind zurzeit 100 Sekretäre tätig gegen 84 im Vorjahr.

Bildungsausschüsse bestehen an 791 Orten gegen 575 im Vorjahr, Jugendausschüsse an 757 Orten gegen 574 im Vorjahr und Kinderjugendkommissionen an 200 Orten gegen 125 im Vorjahr.

Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden bei den Bezirksvorständen 287 gegen 233 im Vorjahr anhängig gemacht. Das ist eine Steigerung um 54, obwohl die Berichtsperiode nur 9 Monate umfaßt. 140 Anträge bezogen sich auf die Nichtabführung des Tagelohns am 1. Mai. In 96 Fällen wurde auf Ausschluß erkannt, in 29 Fällen der Ausschluß abgelehnt, in 10 Fällen traten die Angeeschuldigten vorher aus der Organisation aus, in 27 Fällen wurde der Antrag zurückgezogen und 72 Fälle wurden durch Vergleich erledigt. Auf Rüge und Verweis wurde in 22 Fällen, auf Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern in 6 Fällen erkannt und in 4 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. 8 Sachen waren bei Abschluß des Berichts noch nicht erledigt.

Vernichtungen kamen 27 gegen 26 im Vorjahr an uns, während zwei Sachen aus dem Vorjahr noch zu erledigen waren. Die Zivilgerichte erkannten auf Ausschluß in 13 Fällen, auf zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern in 3 Fällen und auf Rügen in 2 Fällen. Der Ausschlußantrag wurde in 3 Fällen von dem Schiedsgericht abgelehnt und in 2 Fällen von den Antragstellern zurückgezogen. In 2 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. In der Schwere sind am Ende des Berichtsjahrs 4 Sachen.

Aus der Parteibewegung.

Kritik an der Reichstagsfraktion.

Die Abstimmungen unserer Reichstagsfraktion zu den Rüstungs- und Deckungsvorlagen haben in einigen Parteikreisen Widerspruch gefunden. In der „Leipziger Volkszeitung“ zum Beispiel hat Genossin Rosa Luxemburg unter der Spitzmarke „Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage“ sechs Artikel veröffentlicht, in denen sie vor allem die Haltung der Fraktion zur Deckungsfrage und den Steuervorlagen kritisiert. Sie kommt zu folgenden Schlüssen:

„Unsere Fraktion hat sich unserer Erachtens im ganzen Verlauf des Kampfes viel zu sehr von dem Verhalten der Konfessionen impressionieren lassen, sich zu sehr danach gerichtet, was jene tun und sagen, als wenn zur sozialdemokratischen Politik irgendwie die Nichtschärfe genügt, Anipode des Konfessionismus zu sein. Unseren Genossen waren sicherlich die laarmohnten Versicherungen der Dextel und Honorieren zu Kopie genügen, wir seien „die Herren der Situation“. Aus den Fraktionskreisen konnte man auch in der Parteipresse wörtlich die geschmacklosen Beirätungen lesen, daß solche Anweisungen uns außerordentlich „wohl-

täten“. Auf eine so massive Demagogie von Leuten hereinzufallen, deren politische Kunst es seit jeher ist, „zu klagen ohne zu leiden“, und die nur auf die Liberalen und auf die Regierung eine wohlberechnete Pression ausüben wollten, hatten wir sicher keinen Anlaß. In Wirklichkeit war auch hier die Perspektive unserer Abgeordneten stark getrübt, denn die „isolierten“ Konfessionen sahen ihre reaktionären Interessen — in den Grenzen der gegebenen Situation, nach der Annahme der Wehrvorlage durch sie selbst — von dem Zentrum und den Nationalliberalen treu wahrgenommen und geschützt. Wir hingegen, die wir tatsächlich durch den Verrat der Nationalliberalen isoliert waren und gar keine Ursache hatten, uns dieser Lage zu schämen, ja jeden Anlaß hatten, sie ganz offen vor dem Lande zu zeigen, wir triumphierten über die „Niederlage“ der Konfessionen und feierten das Werk der reaktionären Rühmdeiler als unsern Sieg. Nimmt man alles in allem, so scheint es uns, daß diese Taktik hinausgezogen ist, um Arm in Arm mit den Liberalen den schwarzblauen Blod zu zerstückeln und „eine gründliche Finanzreform“ zu machen, sich dann aber mit der bescheidenen Rolle begnügte, den Wechselbalg des liberal-nationalliberalen Kompromisses als einen ersten Anlauf der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms herauszuheben zu dürfen, nichts als eine Probe jenes Opportunismus ist, der nach Schätzen gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet.“

Der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Dr. Leuschke, hat sich dagegen ebenso wie sein Redaktionskollege Bloch in Leipziger Parteiverfassungen zustimmend zu dem Verhalten der Fraktion geäußert, während Abgeordneter Geyer dort den ablehnenden Standpunkt vertrat. Das gleiche tat Abgeordneter Gummel in Mülhausen (Elsas). Internes aus der Fraktion erzählte in einer Versammlung seines Wahlkreises der Abgeordnete für Niederbarnim, Genosse Stadthagen. Er führte nach dem „Vorwärts“ u. a. aus:

„Die Fraktion hat in ihrer Mehrheit sich dagegen ausgesprochen, daß zunächst die Deckungs- und erst dann die Militärvorlage erledigt werden sollte. Maßgebend für die Mehrheit war hierbei der Gedanke, dadurch in gerechterer Weise die Besitztenden stärker treffen zu können. Redner gehörte zu der Minderheit; er hätte gewünscht, daß zunächst die Deckungsvorlage erledigt würde, weil dadurch die einzige Gelegenheit geschaffen wäre, vielleicht eine Auflösung herbeizuführen und dadurch die Erregung über die immense Militärlast und die Aufrüstung über ihre Kultur-schädlichkeit in die Masse zu tragen. Mitbestimmend für den entgegengegesetzten Beschluß, bei dem eine Trennung zwischen links und rechts nicht stattfand, war wohl das Schlagwort von dem schwarzblauen Blod und jene Richtung, die jaffe zurechtfindend als Leisiten bezeichnet habe, die ihren geistbariten Niederschlag in der Dämpfungstaktik fand und wie ein roter Faden durch jomit Unerkennliches sich hindurchzieht. Diese Richtung werde durch eine auch bei führenden Genossen sich geltend machende Uebersehung des Parlamentarismus hervorgerufen. Selbstverständlich haben sämtliche Kollegen im Reichstag geglaubt, durch die von ihnen vertretene Richtung die Interessen der Arbeiterklasse am besten fördern zu können. Viel schlimmer als dieser erste Fehler sei die Zustimmung zu dem Aushreuerbeitrag und zu dem Weisungszusatz gewesen. Eine solche Zustimmung wäre ohne jede Vorbereitung zur Ueberraschung der meisten auf dem linken Flügel stehenden vorgeschlagen. Er könne der Generalversammlung Niederbarnims, die jenen gegen Sonderkonferenzen gerichteten Beschluß in Chemnitz in die Wege geleitet habe, den Vorwurf nicht ersparen, daß die dadurch herbeigeführte Erziehung einer Aussprache innerhalb der Fraktion den mit schwacher Mehrheit gefaßten verhängnisvollen Beschluß erleichtert habe. Der einzelne bleibe, wenn er der Kommission nicht angehöre, jetzt ohne intimere Kenntnis der Dinge, so sei er auch davon überbracht worden, daß einige Mitglieder in der Kommission für den Reichstagsbeschluß einmütig zustimmten, einstimmig wendete sich nachher die Fraktion dagegen. In der Fraktionsitzung, in der über die beiden Deckungsvorlagen Beschluß gefaßt wurde, waren 96 Fraktionsmitglieder anwesend. 52, also nur 5 über die Mehrheit der Anwesenden, stimmten für die Zustimmung zu den beiden Gesetzen, 37, darunter auch Redner, dagegen, 7 wollten, daß die Fraktion sich der Abstimmung enthielte. Diese Abstimmung veranlaßte eine Anzahl Genossen, darunter auch den Redner, sich die Frage vorzulegen, ob sie bei der Abstimmung den Saal verlassen wollten, weil ihrer Ueberzeugung nach der Beschluß nicht nur ein taktischer Fehler, sondern auch ein Verstoß gegen die prinzipielle vom Parteiprogramm und unsern Grundanschauungen getragene Anschauung sei, daß das kapitalistische System und seine Hauptstütze, der Militarismus, nicht gestützt werden, Mittel für dies System nicht bewilligt werden dürfen. Mit Rücksicht darauf, daß eine Stimmenthaltung einer größeren Anzahl Abgeordneter das Signal für eine Spaltung der Partei abgeben könnte, habe man sich, zumal die Steuerfrage auf der Tagesordnung des Parteitag stand, entschlossen, dem Beschluß der Fraktion sich zu unterwerfen, wenn eine klare bestimmte Erklärung abgegeben werden würde über unsere Stellung zum Militarismus. Diese Erklärung ist ja dem formuliert. Vorher war beantragt, nochmals in eine Diskussion der so leidigen, plötzlich angeführten Frage einzutreten. Das wurde aber mit 52 gegen etwa 46 Stimmen leider abgelehnt. Die Minderheit setzte sich aus Genossen des linken Flügels und aus dem Genossen Bernstein zusammen. Bernstein legte insbesondere an den Verhältnissen in England klar, daß die Ausbringung der Militärlasten durch direkte Steuern keineswegs die Zustimmung rechtfertige.“

Groß-Berlin und der „Vorwärts“. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes von Groß-Berlin befaßte sich am Sonntag mit den Ursachen, die zum Rückgang des Abonnentenstandes des „Vorwärts“ geführt haben. Stadthagen hatte in einer früheren Generalversammlung behauptet, daß die Redaktion des „Vorwärts“ immer mehr nach rechts gedrängt werde, und daß darin eine der Ursachen des Rückgangs zu suchen sei. Parteivorstandsmittglied Müller bestritt, daß der Parteivorstand einen Einfluß auf die Haltung des „Vorwärts“ ausübe. Diese Darstellung wurde auch gestützt durch die vorausgegangenen Ausführungen des „Vorwärts“-Redakteurs Däumig, der die Haltung des „Vorwärts“ als durch das Ergebnis einer 40jährigen parlamentarischen Arbeit bedingt erklärte. Der Vorsitzende der Preßkommission, Wels, stellte fest, daß die Preßkommission eine Resolution angenommen hat, in der ausgesprochen wird, daß die Haltung des „Vorwärts“ mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Partei im Einklang stehen und daß dies auch in Zukunft erwartet werde. Die Generalversammlung beschloß die Einsetzung einer Kommission, die den Ursachen des Abonnentenrückgangs nachzuforschen und Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen hat.

Der Landesparteitag des Herzogtums Braunschweig fand am Sonntag in Seesen a. S. statt. Er war von 70 Delegierten außer den Vertretern des Landesvorstandes und der Vorsitzenden der einzelnen Kreise aus 44 Orten besetzt. Der Vorstand der Gesamtorganisation wurde durch Genossen Pfannkuch (Berlin) vertreten. Die Organisation zählte am Schlusse des Rechnungsjahrs 12 233 Mitglieder gegen 11 807 am Schlusse des Vorjahrs. Sie hat um

428 Mitglieder zugenommen. Die Landesliste hatte eine Einnahme von 17 000,71 Mark, eine Ausgabe von 13 925,57 Mark und am Schlusse einen Kassenbestand von 3075,14 Mark. Das Parteiorgan, der „Volksfreund“, hat um 1150 Abonnenten, von 14 635 auf 15 785 zugenommen. Das Blatt hatte infolge der Wahlrechtskämpfe 10 020,97 Mark und im letzten Berichtsjahr allein 1786,74 Mark an Gerichts-, Prozeß-, Gefängnislosten und Strafgebühren zu zahlen. In die Gemeindepflichtigkeit schied die Partei heute 152 Vertreter, und zwar 39 Stadtverordnete und 113 Gemeinderatsmitglieder gegen 30 Stadtverordnete und 83 Gemeinderatsmitglieder im Vorjahr. Die Versammlungstätigkeit war nicht sehr umfangreich und es wird vielfach über mangelhaften Besuch geklagt. Im ganzen fanden im Herzogtum 146 öffentliche, 397 Mitgliederbesprechungen und 136 Besprechungen statt. Für die Bildungsbestrebungen wurden insgesamt 2951,16 Mark ausgegeben, bei einer Einnahme aus den Veranstaltungen von 1543,16 Mark, so daß dabei ein Barzuschuß von 1408 Mark geleistet werden mußte. Die Jugendorganisation ist erfreulich erstarkt. Jugendauschüsse bestehen an 8 Orten. In eingehender Weise wurde das Referat des Genossen Antick über die Organisation und Agitation wie die Taktik besprochen, daß die Partei nicht größere Fortschritte gemacht habe. Alle Redner erkannten unumwunden die Schwierigkeit der Agitation an, waren aber der Meinung, daß keine Ursache vorhanden sei, pessimistisch in die Zukunft zu sehen. Der Ansicht des Referenten, die Meißner aufzuheben, wurde energisch widersprochen. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Anpassung des Bezirks-Parteitags an die Beschlüsse des Chemnitzer Parteitag in Anspruch. Der Monatsbeitrag wurde wieder auf 30 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder festgesetzt, obgleich Genosse Pfannkuch warm für einen Wochenbeitrag von 10 Pfg. eintrat. Ein Antrag, die Erhöhung der Beiträge den einzelnen Mitgliedschaften zur Erörterung zu überweisen und dem nächsten Landesparteitag wieder zur Beschlußfassung zu unterbreiten, wurde angenommen. Zum Vorsitzenden der Bezirksorganisation wurde Genosse Riefe (Braunschweig) wiedergewählt.

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer hat wieder ein Mitglied durch den Tod verloren. Genosse Bouhey-Allex ist im Alter von 58 Jahren plötzlich gestorben. Genosse Bouhey-Allex war eine markante und zugleich typische Persönlichkeit der französischen sozialistischen Partei. Er ist aus der republikanischen Schule des Kaiserreichs hervorgegangen, die noch keinen Unterschied machte zwischen der Republik und dem Sozialismus. Diese republikanischen Kleinbürger traten für die „soziale Republik“ ein, ohne den Klassenkampf des Proletariats zu verstehen. Sie nannten sich sozialistisch-radikal. Anfangs der 90er Jahre bekannten sich viele von ihnen zum Sozialismus. Diese Scheidung, die damals auch Zaurès vollzog, brachte das reaktionäre Regiment der Dupuy, Constans, Casimir Périer ufm. Mächtig eingewirkt hat auch der Aufschwung der sozialistischen Parteien, der in der gesamten Internationale in Erscheinung trat. Bouhey-Allex war damals schon Bürgermeister seines Heimatorts. Sein Lebertritt zur Partei und seine eifrig betriebene Bauernagitation triftete ihn den Rang eines Landeswehnhauptmanns, den der Weinbauer, der nur eine Dorfschule besucht hatte, durch seine Intelligenz sich errungen hatte. 1902 wurde Bouhey-Allex zum Abgeordneten von Dijon gewählt, unterlag 1906 und wurde 1910 wiedergewählt. Die Partei verlor in ihm einen tüchtigen Bauernagitorator und einen Kenner militärischer Fragen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitswilligen-Vermittlung für die Werften. Für den Dampfer „Pofen“, der für den Norddeutschen Lloyd auf dem Bremer Vulkan in Begehalt gebaut wird und der Ende dieses Monats die Probefahrt machen soll, werden durch das Heuerbureau des Norddeutschen Lloyd Arbeiter angeworben, angeblich als Besatzungspersonal für den genannten Dampfer. Man sucht vornehmlich Handwerker zu bekommen, z. B. Kupfer-schmiede, Schlosser, Tischler und andre. Diese Arbeiter sollen aber, nachdem sie angeworben haben, die durch den Streik unterbrochenen und gänzlich im Rückstand gebliebenen Arbeiten auf dem Dampfer „Pofen“ fertigstellen. Die Arbeiter sollen also in Wirklichkeit Streitarbeiter leisten. Davor wird dringend gewarnt. Laßt sich niemand unter diesen falschen Angaben als Streikbrecher vermitteln.

16. Verbandstag der Tabakarbeiter.

k. Heidelberg, 5. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Erörterung des Geschäftsberichts bewegte sich heute im wesentlichen in denselben Rahmen wie die gestrige. Erwähnenswert ist der Hinweis von Rednern auf die Verschlebung der Tabakindustrie von dem Norden nach dem Süden, wo die Arbeitskräfte ganz wesentlich geringer entlohnt werden. Dazu kommt aber noch im besondern, daß in Süddeutschland immer mehr bessere Qualitäten — die früher nur im Norden gemacht wurden — hergestellt werden. Das Hauptgewicht der Agitation müßte daher — betonte ein Redner — auf Mittel- und Süddeutschland gelegt werden. Angeregt wurde auch, zwei weibliche Agitatoren anzustellen, man müßte die weiblichen Mitglieder, die doch die Hälfte der Mitglieder bildeten, in jeder Beziehung mehr berücksichtigen.

Im Schlußwort präzipierte Deichmann die Stellung des Vorstandes zu den vorliegenden Anträgen. Zu den Anträgen, die auf Gründung eines Industrieverbandes für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie hingingen, bemerkte Deichmann, dafür seien zurzeit die Voraussetzungen noch nicht gegeben. Kämen diese, so werde sich der Vorstand in der Richtung der Anträge betätigen. Der Antrag auf Anstellung von Agitatoren sei nicht so leicht realisierbar, weil es an geeigneten Kräften fehle. Der Vorstand wünsche, daß die Kolleginnen sich mehr betätigten und auch in der Zentrale mit an der allgemeinen Propaganda arbeiten. Er würde sich freuen, wenn geeignete Kolleginnen sich hierzu bereit erklärten. Deichmann wandte sich dann gegen die Anträge auf Reduzierung der Zahl der Gauleiter. Im allgemeinen — meinte Deichmann — sei die Kritik für den Vorstand ja günstig gewesen.

Bei der Abstimmung wurde über die Anträge auf Gründung eines Industrieverbandes, Reduzierung der Zahl der Agitatoren und der Zahl der Gauleiter zur Tagesordnung übergegangen. Die Haltung des Vorstandes in der Unterstützungsfrage beim Aussetzen wurde gebilligt. In das neue Statut soll eine klare Bestimmung hierüber hineingebracht werden. Der Antrag auf Anstellung von weiblichen Agitatoren wurde in dem Sinn erledigt, daß der Vorstand geeignete Kolleginnen anstellt, wenn solche vorhanden sind. Der Vorstand und Ausschuss wurden entlastet.

Ueber die weitere Ausgestaltung des Tabakarbeiters verbreitete sich dann Redakteur Nicdard (Bremen). Der Vorstand schlägt vor, an Stelle der bisherigen Monatsbeilage eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage herauszugeben, die besonders den weiblichen und jugendlichen Mit-

gleichen Rechnung tragen soll. In der Debatte wurde diese Ausgestaltung des Verbandsorgans von einer Delegierten im Freundes bezeugt. Der Vorstandsvorschlag fand einstimmige Zustimmung.

In geschlossener Sitzung wurde hierauf der Punkt „Unser Verband und seine Lohnkämpfe“ beraten. Der Referent Krohn (Bremen) wies nach, daß die allgemeinen Löhne bei den übrigen Arbeitern in den letzten 10 Jahren weit mehr gestiegen sind als bei den Tabakarbeitern. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter sei 1911 um 518 Mark unter dem gesamten Durchschnitt geblieben. Das zeige allein die Notwendigkeit, durch Bewegungen die Lage der Tabakarbeiter zu heben. Der Redner besprach dann die Ergebnisse der vorjährigen Bewegungen, die in Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter hätten größer sein müssen. Bei künftigen Kämpfen müsse die Taktik so geändert werden, daß die Bewegungen erfolgreicher verlaufen. Vor allem müsse alles aufgedeckt werden, dem Verband neue Mitglieder und größere Mittel zuzuführen. Es dürfe nicht immer die Hoffnung auf die übrige Arbeiterschaft gesetzt werden. Der Redner besprach dann den Umsturz in der Tabakindustrie. Es habe eine vollständige Verschiebung der Produktionsgebiete stattgefunden. Dem besser bezahlten norddeutschen Kollegen drohe eine dauernde Verschlechterung, wenn es nicht gelinge, im Süden und Osten Deutschlands die Tabakarbeiterlöhne wesentlich zu erhöhen. Um dies erreichen zu können, müsse die Organisation stark sein; an dem Verbandstag liege es, der Organisation in jeder nur möglichen Weise diese Stärke zu geben. (Beifall.)

Am 2. Referat schloß sich eine längere Debatte, die morgen fortgesetzt wird.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. August 1913.

Vorsitzender: Stadtrat Schneider. Beisitzer der Arbeitgeber: Cafetier Scharioth und Friseur Dreßfel; Beisitzer der Arbeitnehmer: Schuhmacher Eichholz und Maurer Schulz.

Nebenverdienst. Die teuren Lebensmittel und Wohnungspreise zwingen viele schlecht entlohnende Arbeiter und auch selbständige Gewerbetreibende mit unaufröhmlichem Einkommen, Nebenverdienst zu suchen. Unter den größten Entbehrungen werden ein paar Mark zusammengepart, um als Kautions u. dgl. hinterlegt zu werden. Daß aber der Nebenverdienst gebende Unternehmer in allererster Linie seinen eignen Vorteil im Auge hat und wahr, hat mancher arme Teufel leider zu spät erfahren. Gar zu oft schon ist die hinterlegte Kautionsverleher gegangen und der Nebenverdienst durch mancherlei, durch höhere Bedürfnisse, die auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sind, u. dgl. verbraucht worden, so daß durch den Nebenverdienst schließlich das Gegenteil von dem erreicht wurde, was ursprünglich erreicht werden sollte. Enttäuscht, doch um eine Erfahrung reicher, suchte der Vereingefallene, durch die Not gezwungen, nach besserem Nebenverdienst. So sah eine übliche Erfahrung hat auch der im hiesigen Zentraltheater als Kassierer beschäftigt gewesene L. gemacht. Gegen eine monatliche Entschädigung von 20 Mark ist er sonntäglich bei Konzerten im Theaterrestaurant tätig gewesen. Als dann die Gartenkonzerte begannen, sollte er auch noch wochentags ohne Entschädigung zur Verfügung stehen. Hiermit war er aber nicht einverstanden, sondern verlangte für die Mehrleistung auch extra entschädigt zu werden. Die Direktion wies aber auf den schriftlichen von L. unterzeichneten Vertrag hin und lehnte eine Entschädigung ab. L. betonte, daß er den Vertrag unterzeichnet hatte in dem Glauben, er solle nur für sonntägliche Beschäftigung gelten, und klagte, weil die Direktion sich auf nichts einließ, auf dem Gewerbegericht. Das Gericht gab der Klage statt. Es sei nicht angängig, daß gegen solche geringe Bezahlung die Arbeitszeit willkürlich verlängert werde.

Ueberhöht. Etwas soziale Fürsorge und Wohlwollen des Arbeitgebers erweckt bei manchem Arbeiter den Glauben, daß er als gleichberechtigtes, nützliches und unentbehrliches Glied der menschlichen Gesellschaft vom Unternehmer betrachtet wird. Er glaubt sich aber falsch im Reichthümlicher, beschiedene Wünsche zu äußern, deren Erfüllung ihm nach seiner optimistischen Auffassung nicht verweigert werden kann, so wird er oft erleben, daß auch der liberalste Unternehmer den Herrenstandpunkt einnimmt. So erging es dem Arbeiter G., der bei der Firma Freytag u. Söhne beschäftigt war. Die Firma gibt den Arbeitern — wie an dieser Stelle lobend anerkannt werden soll — je nach der Beschäftigungsdauer einen kurzen Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. G. wollte den Urlaub zusammen mit seiner Frau, die bei einer andern Firma beschäftigt ist, verleben und bat den Firmeneinhaber, ihm den Urlaub an einem bestimmten Termin zu geben. Diese Bitte wurde aber abgelehnt, weil angeblich wegen einer im Betrieb vorgenommenen Reparatur kein Arbeiter zu entbehren war. Der enttäuschte Wittiveller äußerte darauf: „Gut, dann haben Sie einen unzufriedenen Arbeiter.“ Dieser Aeußerung wegen wurde er sofort entlassen, und nunmehr klagte er auf dem Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Nachdem aber ein Zeuge beauftragt, daß der Kläger unter Ausschluß der Kündigungsfrist angenommen worden war, wurde die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Dieses einen Vorfalls wegen will der vom Kläger als sehr liberal geschilderte Firmeneinhaber seine soziale Fürsorge in Bezug auf Urlaubsbereitstellung nunmehr revidieren.

Provinz und Umgegend.

Barleben, 6. August. (Von einem Grubenwagen überfahren) und sofort gerollt wurde am Dienstagabend der 3-jährige Sohn des Arbeiters Beckmann. Der die Schuld an dem tragischen Unglück trägt, muß erst noch festgestellt werden.

(Eine Gemeindeverordneten-Sitzung) findet am Donnerstag den 7. August, nachmittags 3 Uhr im Gemeindegemeindehaus statt.

Hten, 6. August. (Bürgermeister Max Fischer) ist am 3. d. M. in Halle in der Klinik, wo er Heilung erholte, nach überstandener Operation verstorben. Gestern am 2. August 1895, trat der Verstorbene in den Dienst der Stadt. Durch sein vorbildliches Leben hat er im Laufe der Jahre das Vertrauen der gesamten Einwohnerschaft sich erworben. Sein Leben zeigte sich auch in seiner Stellung zur organisierten Arbeiterschaft; er zeigte sich nicht als Sozialistenhaßer, wie das von Handeltreibenden über den Sozialisten Vorurteil nach den Verhören in seinem Andenken behauptet.

Althaldensleben, 6. August. (Eine gemeinschaftliche Versammlung) hielten am Sonnabendabend bei H. Peters die Mitglieder der Gewerkschaften und der Partei. Man beschäftigte sich mit der Vorbereitung der nächsten Versammlung des Genossen Beine über die Bedeutung und den Nutzen eines Sozialen wurden mit regem Interesse mitgeteilt. Bei allen Reden ist ein Vokal nicht zu entbehren, denn folgende erreicht werden sollen. Ob der Wert der Sache ist oder nicht, läßt sich nicht in Betracht. In der nachfolgenden Diskussion wurden Mittel und Wege zur Erhaltung und zum Ausbau eines Sozialen angegeben.

(Erfahrung) hat sich am Sonntag morgen der Brandstifter Schaper. Schuppen dürfte den alten Mann zu dieser Zeit geliebt haben.

Hilfereisen, 6. August. (Einladung) in die Schillerstraße. Die Feste der hiesigen Schiller Feste in der Zeit vom 13. bis 20. August im Zimmer Nr. 17 des Rathhauses zu veranstalten. Einladungsgegenstand. Die Mitglieder dieser Feste sind während der Dauer der Auslegung bei dem Magistrat

lich zu erheben. Finden auch in diesem Jahre keine allgemeinen Wahlen zum Stadtverordneten-Kollegium statt, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß für die zwei unbesetzten Mandate gewählt wird. Jeder Wahlberechtigter möge darum die Liste nachprüfen.

(Straßenperrung aufgehoben.) Die Bauarbeiten an der Ueberführung zwischen der Schmiedemannstraße und Heinrichstraße sind beendet. Die Straße ist somit für den Verkehr nach dem Friedrichsplatz wieder freigegeben.

(Das Schützenfest) des Evangelischen Arbeitervereins ist vorüber. Alle Beteiligten werden mit dem Verlauf des Festes zufrieden sein, die Mitglieder in erster Beziehung. War doch die „Aufwartung“ eine „großartige“. Am Sonnabend vormittag trat die „Mannschaft“ vor dem Verwaltungsgebäude an — das Werk ruhte wegen Reparatur. Jeder, der sich am Festtag beteiligte, zahlte 50 Pfg., wofür eine Wertmarke für Frühstück verabsolgt wurde. Bei den Vorparationsarbeiten erfolgte zu diesem Zweck Einladung an hohe und höchste Herrschaften. Auch der Magistrat, der bei solchen Festlichkeiten unbedingt nötig ist, nahm teil. Mit ganz besonderer Sorgfalt waren die Einladungen an die Handwerker ergangen, welche für die Kalimeter arbeiten. Einer der davon Betroffenen war durch Familienverhältnisse verhindert; sein Fehlen wurde sofort bemerkt und die Gründe des Nichterscheinens wurden scharf geprüft. Ein Beweis, wie „innig“ die Betriebsleitung selbst auch noch mit den von ihr beschäftigten Handwerkern zusammen arbeitet. Diese „Innigkeit“ verleiht sich selbst bis zur Interessengemeinschaft für die Arbeiter. So haben es sich die Handwerksmeister nicht nehmen lassen, an der Vollendung der Festtag mitzuwirken. Je nach der Finanzkraft der Meister erfolgten die Spenden. Dadurch ging der „edle Stoff“ nicht zu Ende. Es war das reine „Schlaraffenleben“, was für die „Gelben“ die innerliche Ueberzeugung schaffte, etwas „Ehleres und Besseres gibt es nicht“. So neigte der erste Tag seinem Ende zu. Zu leicht werden aber bei vertriebenen Menschen durch den Einfluß des Alkohols die innerlichen Triebe geweckt. Die „Kameradschaft“ und „Brüderlichkeit“ tritt so stark in die Erkenntnis, daß sie nicht umhin können, diese Empfindungen andern mit „Nachdruck“ mitzuteilen. Nun bleibt der Schlußpunkt dieser Gefühlsäußerungen nicht immer der Festtag. Die Bürger, die nicht am Feste teilnehmen können, müssen auch etwas davon erfahren. Wenn Einpruch gegen diese Betätigung und die Hinausbeförderung aus dem Lokal erfolgte, entbrannte der Patriotismus lichterlos, so daß selbst Glasheber in der Luft zerschmolzen. — Warum geschieht dies alles nun? Die Unternehmer haben erkannt, daß es für sie unbehaglich ist, wenn Arbeiter in jachlicher Weise über ihre Existenzbedingungen beraten und Forderungen stellen. Darum verleiht man sie in solchen Augenblicken. Am Morgen nach dem Feste aber trat schon wieder die raube Wirklichkeit an die Arbeiter heran, werden sie nicht den traffen Unterschied empfinden haben?

(Bei einem Schäferhund) im Hause Marienstraße 1 fand es der Hund Alwin E. für geboten, die in seiner Umgebung lagernden Gegenstände einer Wertprüfung zu unterziehen. Dabei erzielte sein Interesse eine Damenuhr im Werte von 120 Mark. Er ließ diese mitgehen, wofür er jetzt sieben Tage Zeit findet, im Gefängnis nachzudenken, wie schön es um diese Welt bestellt ist.

(Freitod.) Die Witwe K. tötete sich, indem sie sich die Pulsader öffnete. Ein unheilbares Leiden war die Ursache dazu.

(Festgenommen) wurde am Sonnabend der Fabrikant M. aus Luedlburg wegen Verdachts der Vornahme unsüchtiger Handlungen. Nachdem seine Vernehmung erfolgt war, wurde er freigelassen.

(Des Silberdiebstahls) im Ballensiedter Schlosse wurde der Maler Hermann Fischer von hier überführt. Einige gestohlene Kupferstücke wurden in der städtischen Müllgrube hier selbst in Stücke zerissen vorgefunden, andre bei einem hiesigen Althändler abgeholt. F. hat in frühesten Jugend wegen Brandstiftung und Diebstahls Strafen erlitten, jedoch scheinen diese nicht bessernd auf ihn gewirkt zu haben.

(Schadenfeuer) entstand im Brettschuhgeschäft durch unvorsichtiges Umgehen eines Behältnisses mit einem Feuerzeug. Es sprangen Funken auf Feuerwerkskörper, die sofort zündeten. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden.

(Robles Auftreten) hielt der Monteur G. für eine Pflicht. Dazu gehörte zunächst ein entsprechender Anzug, welchen er bei dem Kaufmann Hunold entnahm, natürlich auf Abzahlung. Nachdem er sich einige Zeit damit hievorts präsentiert hatte, hielt er es für geboten, auch anderswo damit „Eindruck“ hervorgerufen. Dort wurde G. aber derartig in Anspruch genommen, daß ihm keine Zeit verblieb, die teuersten „Katen“ an Hunold abzugeben. Dies Verhalten kostete Hunold als Andant auf, machte Anzeige und G. wurde mit 1 Woche Gefängnis belegt.

(Um auf großem Fuße leben zu können) führte der Lehrling L. größere Unterschlagungen aus. L. machte Reisen nach Berlin, kaufte fortgesetzt neue Sachen aller Art, ebenso Fahrräder, lebte dabei herrlich in Freuden, ohne daß es bemerkt wurde. Jetzt ist es mit diesen Freuden zu Ende und L. wird Zeit zum Nachdenken bekommen, daß alles eitel in dieser Welt ist.

Garbelegen, 6. August. (Die hoch der Arbeiter geschätzt wird.) Der in der Maschinenfabrik A. Behrend hier beschäftigte Monteur G. Frize wurde von seiner Firma nach Salzhawer geandt zur Aufstellung einer Drehschleifmaschine. Dort ist er am Donnerstag eingetroffen und am selbigen Tage verunglückt. Die Firma sandte nun einen andern Monteur nach Frize. Am Sonntag morgen kam die Frau des Frize zufällig zur Stadt und erfuhr durch einen Bekannten, daß ihr Mann verunglückt sei. Die Firma Behrend hielt es nicht der Mühe wert, die Frau des Verunglückten von dem Unfall zu unterrichten. Wiederholt mußte sie, trotzdem der Unfall schon 3 Tage zurücklag, bei der Firma vorprechen, um zu erfahren, wo sich ihr Mann befindet. Daß der Unfall leichter Marx ist, kann nicht angenommen werden, denn bis heute hat Frize seiner Frau keine Nachricht zugehen lassen. Vermutlich ist er dazu nicht imstande. Die Handlungsweise der Firma Behrend ist nicht gut zu verstehen.

Halberstadt, 6. August. (Seht die Wählerlisten ein!) Noch immer gibt es ein gut Teil Wahlberechtigte, welche die Notwendigkeit der Einsicht in die Wählerlisten nicht erkennen wollen. Jeder glaubt, ich muß ja doch darin stehen, begabte ich doch meine Steuern. Was ist dann am Wahltag der Fall? Arge Enttäuschung! Denn wird gemerkt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß immer eine ganze Anzahl Wähler nicht in der Liste standen und nur durch die Kontrolle der Listen konnte ihre Nachtragung erfolgen. Durch diese kleine Mühe hätten sie sich ihr ohnehin kümmerliches Wahlrecht gesichert. Auch liegt für die ledigen Wähler, die keinen eignen Hausstand besitzen, die Möglichkeit sehr nahe, daß man sie ohne weiteres als „Schlafbürsche“ ansieht und in die Liste nicht einträgt. Wer aber nicht bloß die Schlafstelle gemietet hat, sondern jederzeit auch das Zimmer benutzen darf, hat das Wahlrecht. Auch findet man häufig, daß irrtümlich angenommen wird, es fehle die gewöhnliche Staatsangehörigkeit. Wahlberechtigt ist jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr erreicht hat, preussischer Staatsangehöriger ist, sich seit 1 Jahr in Halberstadt aufhält und jährlich mindestens 4 Mark Steuern bezahlt. Auch diejenigen, welche in Folge ihrer Aenderung unwidriger geheimer werden, können wählen. Wenn es die Zeit nicht erlaubt, läßt die Wählerlisten einzusehen, der zeichne sich in eine der an den bekannten Stellen ausliegenden Eintragungslisten.

(Sozialdemokratischer Verein.) Heute Mittwochabend findet für die Frauenabteilung eine Versammlung bei M. Vollmann statt.

Neue Schenje, 6. August. (Die Gemeindevertreter) Nachwahl der ersten Abteilung brachte ein überraschendes Resultat. Unter Genossen Stendel, Schmidt und Gohndes wurden vier gegen drei Stimmen gewählt. Jetzt besteht die hiesige Gemeindevertretung aus neun Sozialdemokraten, dem Gemeindevorsteher und zwei Schöffen. Im Dezember vorigen Jahres legte der Gemeindevorsteher Seeger, nachdem ein Wahlverfahren, das als Ursache die Beschuldigung hatte, er habe die Sozialdemokratie am Orte begünstigt, emigriert war, sein Amt mit dem ersten Schöffen nieder. Vor der Neuwahl des Gemeindevorstehers und des ersten Schöffen fand eine unverständliche Aussprache zwischen einem Genossen und dem Vertreter der ersten Abteilung

statt. Man wollte sich über die Neubesehung der Stellen verständigen um möglichst eine einstimmige Wahl herbeizuführen. Von einer Fraktionslegung unserer Genossen wurde einer unserer Genossen beauftragt den Herren der ersten Abteilung unsere Vorschläge zu unterbreiten. Die Herren machten andre Vorschläge, welche unsere Genossen aus bestimmten Gründen ablehnen mußten. Da nun die Herren nach der Zusammenlegung der Vertretung keine Aussicht hatten, ihre Vorschläge durchzubringen, blieben sie der Wahl fern und sind bis jetzt nicht wieder im Gemeindegemeinde erschienen. Die Herren haben sich verrechnet, wenn sie vielleicht gebacht haben, unsern Genossen damit den Weg zu verlegen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Position der Herren war unhaltbar geworden, darum hat man sich entschlossen, das Mandat niederzulegen. Denn mit Gemeindevorsteher, welche aus persönlicher Animosität die Sitzungen 8 Monate nicht besuchten, wird auf die Dauer kein Wähler zufriedener sein. Zum andern Teile kommt in Frage, daß es für einen Gemeindevorsteher, welcher einem Kriegerehren angehört, nicht so leicht ist, sein Amt nach seiner Ueberzeugung auszuüben, er kommt nur zu oft in Konflikt. Jedenfalls lehrt die Wahl, daß das Interesse bei den besser situierten in Neue Schenje für die Allgemeinheit sehr groß ist. Nun, es haben in den 8 Monaten sechs Sozialdemokraten ihre Schuldigkeit getan, dann werden in der nächsten Periode die neun auch bestehen können. Jedenfalls gibt es aber im Kreise Reichow II einige Leute, die ein sehr großes Mißbehagen darüber empfinden werden.

Neuhaldensleben, 6. August. (In der Kartellbildung) waren 23 Delegierte anwesend, entschuldig fehlten zwei, unentschuldig vier Delegierte. Der vom Bezirksbildungsausschuß für Neuhaldensleben in Aussicht genommene Neuenow-Abend („Die im Schatten leben“) soll am Montag den 3. November stattfinden. Vortragender ist Genosse Dr. Voensgen-Alberth. Zweck Vorbereitung der Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen soll am Sonntag den 17. d. M. eine Sitzung bzw. Besprechung stattfinden, an der die Kartelldelegierten, Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften die Arbeitnehmervertreter aller Krankenkassen, auch der Betriebskrankenkassen, teilzunehmen haben. Das Referat wird ein Vertreter des Bezirkssekretariats in Magdeburg übernehmen. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß die Wahl des Ausschusses und der Erläuterung für die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Neuhaldensleben vom Versicherungsamt zum 17. September ausgeschrieben sei. Der Kartellvorstand wird beauftragt, einen geeigneten Wahlvorschlag aufzustellen, damit dieser dem Versicherungsamt zur rechten Zeit eingereicht werden kann. Eine Anfrage, ob der Bauarbeiterverband dem Beschluß des Kartells „Erhöhung der Beiträge für die Rat- und Anstaltsstelle“ schon nachgegeben sei, wurde dahingehend beantwortet, daß dieses noch nicht geschehen sei, aber in nächster Zeit eine Generalversammlung sich mit der Frage beschäftigen werde. Von außerordentlichen Maßnahmen wurde bis dahin Abstand genommen. Die Abrechnung der Kartellkasse ergab eine Einnahme von 466,76 Mark, eine Ausgabe von 427,66 Mark. Die Kartellkasse hat eine Einnahme von 1510,85 Mark, eine Ausgabe von 271,15 Mark. Um nun endlich die Errichtung eines Gewerbegerichts zu veranlassen, wurde der Kartellvorstand beauftragt, in nächster Zeit eine Eingabe an den Magistrat zu machen und die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts darzulegen. Der Handlungsgehilfenverband ist bereits um die Errichtung eines Kaufmannsgerichts eingeschritten. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß drei organisierte Zigarrenmacher bei der Firma Hohlberg hier ohne Grund entlassen worden seien. Da Genosse Knoll selber Zigarren fabriziert, so wird den Genossen anheimgegeben, ihren Bedarf bei K. zu decken. Genosse Goldig ersucht die Delegierten, in ihren Gewerkschaften eifrig Propaganda für die „Vollstürze“ zu machen. Genosse Bravenau gibt einen Ueberblick über die Benutzung der Anstaltsstelle im ersten Halbjahr. Anstaltsstellen wurden 751 an 735 Personen, davon waren organisiert 502, unorganisiert 233; von letzteren ist aber ein großer Prozentsatz organisationsunfähig. Schriftliche Anstaltsstellen wurden erteilt 35. Wegen des Vorjahr ist unsere Einrichtung um mehr als das Doppelte in Anspruch genommen worden, trotzdem gibt es noch einzelne Genossen, die diese Einrichtung am liebsten aus der Welt geschafft haben möchten, die nicht einsehen wollen, daß diese Einrichtung der Allgemeinheit vortreffliche Dienste leistet.

Stahfurt, 6. August. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Wasserwerksrechnung für 1911 wird festgestellt und dem Rentanten Entlastung erteilt. Der Etat hatte einen Ueberschuß von 27 000 Mark veranschlagt, infolge größerer Ausgaben hat sich aber nur ein Ueberschuß von 2100 Mark ergeben. Die Schiedsmänner und ihre Stellvertreter werden sämtlich wiedergewählt. Eine hinter dem Sportplatz belegene Restparzelle wird an die Sport- und Spielplatzgesellschaft für 40 Mark jährlich bis zum Jahre 1935 verpachtet. Die sogenannte „Kriegs Wiege“ wird an die Schützengesellschaft für 50 Mark jährlich weiterverpachtet, nachdem Genosse Weifflog beantragt hatte, sie für Schauhallungen zu reservieren. Herr Erster Bürgermeister Dr. Berger erklärte, daß dem in letzter Zeit bei dort abgehaltenen Festen hervorgetretenen übergroßen Strom polizeilich wird entgegengetreten werden. Die Geschäfte als Armen- und Hospitalarzt hat Herr Sanitätsrat Dr. Israel übernommen, nachdem Herr Sanitätsrat Dr. Schröder davon zurückgetreten ist. Nachdem der durch Vergleich stark mitgenommene Magistrats-Sitzungsaal durch die Verginipktion in würdiger Form repariert worden ist, muß er mit neuen, dem neugeflossenen Räume angepaßten Möbeln und entsprechender Beleuchtung versehen werden. Dazu fordert der Magistrat einen Kredit von 2500 Mark. Das erscheint manchem der Herren als zu hoch. Nach längerer Debatte wird aber dieser Betrag bewilligt, dabei aber die Bitte an den Magistrat gerichtet, mit etwas weniger auszukommen zu versuchen. Genosse Weifflog hatte dabei bemängelt, daß für die Kommissionsitzungen zureichende Räume zur Verfügung stehen. Der Herr Erste Bürgermeister führte das daraus zurück, daß die in letzter Zeit vorgenommenen baulichen Reparaturen vorübergehend diesen Uebelstand verursacht hätten. Da die Verginipktion zurzeit die Schloßfreiheit pflastert, ist es angebracht, bei dieser Gelegenheit auch das der Stadt obliegende Reststück mitzupflastern. Die dazu nötigen 700 Mark werden bewilligt. Eine ausgedehnte Debatte entzündet sich bei der Anforderung von 285 Mark anteilige Kosten für den durch die Verginipktion vorgenommenen Umbau der Einfallschächte in der Gütener Straße. Von Herrn Daniel und Herrn Direktor Fröhlich wird energisch verlangt, daß bei dieser Gelegenheit die Hausbesitzer zum Anschluß an den Kanal gezwungen werden. Herr Bürgermeister Gruppe hält das ohne landespolizeiliche Genehmigung nicht für tunlich, und wenn diese nachgeschickt wird, werde die Regierung die Kanalisation der ganzen Stadt verlangen. Diese werde aber mehr als eine halbe Million verschlingen. Die Kommission habe die Kanalisationsfrage nicht etwa begraben. Bei dieser Gelegenheit ist manches gute Wort gebrochen worden, das erkennen ließ, daß die Mehrheit der Stadtverordneten die Kanalisation der Stadt mit Ernst anstrebt. Genosse Weifflog führte aus, daß bei dem Fickwert an dem Kanal in der Bismarckstraße der eine Eimer nicht eingesetzt worden sei und daß dieselbe nur durch wieder Verschiebungen entsetzt. Er ging auch auf eine Bemerkung des Herrn Gruppe ein, daß der Kanal in der Gütener Straße Eigentum der Verginipktion sei und daß diese den Anschluß der Hauseigentümer nicht gestalte, um nicht die Fiskalen usw. in ihrer Kumulation haben zu müssen. Deshalb wünschte Genosse Weifflog der Verginipktion mehr sozialpolitisches Empfinden, um auch diese Aufgabe mit zu erledigen. Das veranlaßte Herrn Oberberggraf Fiervogel zu erklären, daß die Verginipktion bei Anlage jenes Kanals in der großzügigsten Weise zu Werte gegangen sei, daß von ihr alles dem Zwecke der Gesamtkanalisation eingeordnet und angepaßt sei, und daß sie den Anschluß sehr gern gestalte. Die jetzt geplanten Umbauten der Einfallschächte in der Gütener Straße entsprechen den Anforderungen der späteren Gesamtkanalisation. Das letztere wurde von Herrn Gruppe allerdings nicht zugegeben, der vorschlug, mit dem Umbau der Einfallschächte zu warten bis zu der in Kürze zu erwartenden Gesamtkanalisation. Auch der Herr Erste Bürgermeister war dieser Meinung, und so wurde die Sache bis später zurückgestellt. Zum Erwerb eines Teiles des ehemals kaulischen Grundstücks für den Durchbruch von der Neuen Zwingerstraße nach der Hedlinger Straße wurden 4000 Mark bewilligt. Den Beitritt zu der zu gründenden Besiedlungsgesellschaft der Provinz Sachsen beauftragte Herr Stadtrat Hoffmann sehr warm mit dem Hinweis auf die Erhaltung der Wehrkraft, der Kultur, der Fleischversorgung usw., und empfahl die Entnahme eines Anteils von 20 000 Mark, für den 5 Prozent Zinsen gezahlt werden. Einigen Herren schien die Sache

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftskarteil Magdeburg. Donnerstag den 7. August... Deutscher Bauarbeiterverband. Sonderfahrt zur Bauausstellung...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Saale, Elbe), date, and water level changes. Includes sub-sections for 'Wasserstände' and 'Wasserstände'.

Geburten: Elisabeth, L. des Bäckers Friedrich... Aufgebot: Kaufm. Hermann Möhle mit Martha Schulz...

Briefkasten.

Bürg. Samariter. Vereinskalendar-Notiz kostet 20 Pf. -

Marktberichte.

Magdeburg, 5. August. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen beziehen sich für 1000 Rilo netto ab Station und frei Magdeburg...

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 5. August. Aufgebote: Montage-Inspektor Paul Becker in Bismarck mit Erna Lehner hier...

Viehmarkt.

Magdeburg, 5. August. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 264 Rinder, und zwar 81 Ochsen, 129 Bullen, 124 Färsen und Kühe...

Geburten: Hilde L. des Arbeiters Otto Bernede... Aufgebot: Schlosser Franz Delschläger mit Elisabeth Richter...

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.) Sonntag den 17. August auf dem Vereinsspielplatz Lübecker Straße Nr. 68 Schauturnen

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung. Wir empfehlen nach amtlichem Gewicht... la. böhm. Bräuer Städtoblen zu 76 Pfg. pro Zentner...

Vogelgesang. Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag KONZERT. Der neuangelegte Stofengarten ist eröffnet.

Stephanshallen. - Str. Rich. Froherz. - Abends 8 Uhr 3260 Varieté-Vorstellung.

Wilhelm-Theater. Gastspiel Fritz-Steidl-Ensemble. Sensationeller Erfolg!

Viktoria-Theater. Donnerstag, 7. August, abends 8 1/2 Uhr. Benefiz Hermann Norden.

Gohleder-Auschnitt. Heute sämtliche Artikel für Schuh- und Lederwaren zu bekannt billigen Preisen.

Deutscher Transportarb.-Verband. Verwaltungsstelle Magdeburg. Sonnabend den 9. August in sämtlichen Räumen des Establishments „Luisenpark“...

Union-Theater. 21 Lübecker Straße 21. Wanda Treumann! Viggo Larsen!

Zentral-Theater. Letzte 5 Tage! Puppchen. Sonntag 3 1/2 Uhr. Kleine Preise!

Ansichtspostkarten Buchhandl. Volksstimme.

Ring-Schmuckstücke Südenburg. Heute zum letzten Male! Festzug der Freien Turnerschaft zu Burg.

Herzensrecht! Dankagung. Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme sowie für die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen...

Puppchen. Benefiz Ludwig Stöbel. Mittwoch Premiere Der kleine König.

keine Anzeige machen... und Gepp hat gesagt, daß sie nun gar nicht zu essen haben und daß sein Vater deshalb um Geld geht. Und sie müssen doch was zu essen haben! Nicht? Und Papa, Du mußt es dem Säger Karl sagen, daß er keine Anzeige machen soll. Warte, lieber Papa! Und der nervöse Knab' fing an zu weinen. Was das nun wieder für Geschickchen sind! Wohl so ne verfluchte Geldgiererei, über die der Bub aus'm Häuschen gekommen ist. Aber so was kommt von so was und das hat er von Vater! sagte der Herrseher barmherzig zu seiner Gattin. Dann wendete er sich zu dem bedenden Kleinen, lächelnd ihm die Waden und sprach trüblich: Das verhältst Du nicht, Knab! Der Knab schreit und... Und wenn jener Mann in unsem Walde Holz holt, so hat er gelohnt und ist ein Dieb. Es ist schändlich, sich von fremdem Eigentum zu vergreifen, und man muß der Gerechtigkeit freier Lauf lassen. Es wäre unehrenhaft und unbillig, solche furchtbare Unrechtfertigkeiten betreiben zu wollen. Aber alles die Ehre! Warte Dir das, mein Sohn, und was Du da fälschlich, ist einfach Kindergeckheit.

Zugendwo.

Jugendwo klingt noch ein Lied, —
Sonn' ein tiefer Frieden,
Sonnengold hat ausgeglüht,
Wessenslicht liegt den Wäuden.
Jugendwo klingt noch ein Lied, —
Wird es bald verworren? —
Ach, mein Herz erglüht mit,
Mit so müd, — so herbensüß;
Wächst wohl schlafen gehen.
Oskar Schuberger.

Wissenschaft.

Die Bedeutung des Schwitzens für die Gesundheit. Zur Verhütung von Erkankungen wie zur Heilung ist zu allen Zeiten das Schwitzen angesehen worden. Wir wissen, daß bei solcher Wärmebehandlung, wie sie mittels heißer Umschläge oder heißer Luft ausgeübt wird, auch wenn man ziemlich hohe Temperaturen anwendet, eine wesentliche Steigerung der Körpertemperatur überhaupt nicht zukunfts kommt. Dasselbe ist der Fall bei den lokalen und allgemeinen Wärmestimmungsverfahren; wohl aber kann bei allgemeinere Wärmestimmungen eine solche Steigerung eintreten. In den sogenannten indifferenteren Wärmern, also bei einer Temperatur von 34 bis 35 Grad Celsius ist der Wärmeverlust und die Wärmeproduktion beim gesunden Menschen normal. Wird die Temperatur des Blutes gesteigert, so versucht der Körper, seine Eigenwärme zu erhalten durch vermehrte Wärmeabgabe, insbesondere aber durch die nun erfolgende Verbrennung des Schweißes. Nicht diese „physiologische Regulation“, wie man den Vorgang genannt hat, nicht aus, so kommt es zu Temperatursteigerung, zum künstlichen Fieber, zur Hyperthermie. Eine „chemische Regulation“ gegenüber der vermehrten Wärmeabgabe, die in einer Verlangsamung und Verminderung der Stoffwechselvorgänge bestehen müßte, gibt es nicht. Diese Vorgänge und deren Ergebnisse sind nun geltend und erklärt worden durch Versuche, die Dr. M. Friedländer in diesen Verlesungen erprobt hat, daß dem Dampfbad eine wesentliche erweichende Wirkung zukommt als dem Schweißbade. Man hat zu unterscheiden: Wärmestimmungen in trockener, heißer Luft, Wärmestimmungen (trockene) Wälder und elektrische Umschläge sowie heiße Sandbäder. In diesen Wäldern ist die Schweißsekretion sehr stark, aber die Erhöhung der Körpertemperatur, trotz der intensiven Wärmeeinwirkung, nur unbedeutend. Wird dagegen die Verbindung des Schweißes erzwungen, wie bei heißen Wäldern in feuchten Medien (beim heißen Wasserbad, beim wässrigen Dampfbad), dann kommt es sehr leicht zu einer Erhöhung der Körpertemperatur, die je nach der Intensität und der Dauer der Einwirkung mehr oder weniger erheblich ist. Das heiße Bad im feuchten Medium stellt wohl höhere Ansprüche an den Organismus als das einfache Schweißbad. Vermöge des dort eintretenden künstlichen Fiebers ist die Nahrungsaufnahme des Herzogens, wie schon aus der wesentlich erhöhten Pulsfrequenz hervorgeht, weit größer. Ueberhaupt wird, sobald eine Erhöhung der Körpertemperatur eintritt, der Organismus in viel höherem Maße in Anspruch genommen als beim einfachen Schweißbad. Patienten mit Affektionen des Herzens und der Gefäße werden temperaturerhöhende Wälder mit Vorsicht gebrauchen, Herzkrante und an Arteriosclerose leidende, ältere, anämische, schwächliche Personen werden von jenen Wäldern absehen oder in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend sein müssen. Zu gewissen Grad abgeschwächt wird die Wirkung der temperaturerhöhenden Wälder dann, wenn der Kopf des Badenden sich in kühler Luft befindet, wie z. B. beim Dampfbad. In solchen Fällen, in denen heiße Wälder wegen ihrer allgemeinen Wirkung nicht angezeigt sind, werden lokale Wärmestimmungsverfahren mittels Verflüssigungsapparaten, Infrarotstrahlen, Dämpfen vorzuziehen sein. Dies gilt nach Friedländer namentlich für eine Reihe von Affektionen der Organe, Muskeln und Herben. —

Zweiter Teil.

Der interessante Vortrag. In der „Abendzeitung“ folgende kleine satirische Skizze:
Um acht war der Vortrag.
Da mußte man beim Vorleser sitzen. Armer Vater...
Auch der hochschämende Schluß von „Trene über das Grab hinaus“ konnte an diesem Abend nicht gelesen werden.
Mutter...
Und die Antwort auf den herigen Brief von Lili aus Kaufmann mußte wieder verschoben werden. Arme Esse...
Aber um acht Uhr war nun einmal der Vortrag. Und wie eine Kamelion-Farbenveränderung für das ganze Jahr und für zwanzig schöne Mark gekauft hat, der sieht eher von den roten auf, als daß er die Karte unbenutzt lassen kann, nicht wahr?
Selbst wenn einer ausgerechnet über die Kultur der Fische, die Kulturen spricht. Aber fehlen konnte, durfte, wollte man nicht.
Die Fische-Kulturen waren ja dieses Jahr modern.
Um acht war also der Vortrag. Aber um neun war er leider noch immer.

„Werden wir nun die Frage auf, bereichte Anwesende, warum die Fische-Kulturen...“ meinte der da oben.
Der Vater warf die Frage auf, wie er am besten jetzt beschreiben und beschreiben doch noch zum Preisgeben... Die Mutter, die im Durchgang sah, dachte kühnervoll an alle, die vor ihr schon im Durchgang gesehen hatten und nachher an Dungen-entzündung gelitten waren... Warum Fische diese wieder ein neues Nahrungsmittel und sie, die Esse, noch immer das alte hatte an das Mendegons...
— das machte ihr Schmerzen, der Esse... Und immer wieder an das Mendegons mußte der Vortrag denken, und daß er noch obenrein das Garbenergebild hatte bezogeln müssen, für diesen biß... und Jurjurie auf Jurjurie gegen den da oben läßt seine Seele.
„Wenn Sie mich nun fragen, bereichte Anwesende...“ wie ich sein Sie fragen ihn wirklich nicht. Hochstens noch der Uhr und nach dem Ende. Doch wiederkehrend lag da noch Blatt auf Blatt geschichtet, und seine Stellung schien von fern.
Traurig wie ein gesangener Löwe lag der Vater da.
Sichtlich alterte die Mutter mit jeder Minute um Jahre, hatte ihn übermannt.
„So haben wir also gesehen...“ wie eine Befreiung geht es durch den Saal, Land, Land! Einmal mußte es je doch wieder Frühling werden.
„Reicher Beifall...“ so stand es nachher in der Zeitung, „solche hochinteressanten, fast 2000 in 10 Minuten Ausführungen des Redners, der einem gespannt lauschenden Publikum die reichen Schätze...“ So stand es in der Zeitung.
„Und es war auch wirklich sehr, sehr interessant...“ so fragten ja nachher auch der Vater, die Mutter, die Esse, der Erich. —

Humor und Satire.

Die Gaskensitt. Mein Freund Emil ist im zweihundertachtzigsten Lebensjahr das Opfer eines Infarkts geworden. Ich möchte bei der jungen Witwe Kondolenzbesuch, Verzeihung, venale Medon-acten. Duide ist nur mit Gefäß die Hand und feuchte: „Er hätte noch leben können!“ — „Ja,“ sagt sie, „fünf Nummern sind noch nicht abgeschrieben auf seiner Malterarte.“
Der Sohn des Angeordneten. Vater (Reichstagsabgeordneter): „Was, das Kapitel hast Du noch nicht begriffen, trotzdem ich es schon in drei Lesungen mit Dir durchgenommen habe?“ — Der kleine Karl: „Aber, Papa, ich hab' doch im Reichstag auch immer drei Lesungen, bevor ihr alles verstanden habt!“
Auch eine Warnung. In einem Wienerer Blatte stand dieser Tage laut „Mühlgänger Reuten Nachrichten“ folgendes Zitat:
„Diejenigen Leute, die ihr ungewaschenes Maul über meine Person spitzieren fischen, seien sehr pöbelhaft. Ich werde den Herrheber der laudablen Medonart nicht gerichtlich verklagen; aber wenn es eine gollschürmische Zunge nicht im Baume hält, werde ich ihn bei erster Gelegenheit eine solche Wortschrammwaßchen herunterschauen, daß er drei Tage im Galopp läuft. Deutlichste kann ich nicht werden.“
Die achtungsvolle Begrüßung zum Schluß ist nicht über. —
Das Alltäglich. Fremder: „Wie, Sie hören hier im grünen Wald, die köstliche Luft und den herrlichen Vogelgesang?“
— „Föher.“
„Lassen Sie mich mit dem grünen Wald, der köstlichen Luft und dem Vogelgesang in Ruhe — ich hab' jetzt metnen Urlaub!“

Humor und Satire.

Druck und Verlag W. Farnkuch u. Co., verantwortlich Redaktionschef Emil Müller, sämtlich in Magdeburg.

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 183 Magdeburg, Donnerstag den 7. August 1913

In schlimmen Sünden.

Roman von Erich Schlotter. (62. Fortsetzung.)
Der Traum, ging es ihm durch den Sinn, der Traum. War das die Seligkeit, die kommen sollte? Die Seligkeit, die durch sein tiefes Weh so tief hindurchgeronnen war?
Er schloß die Augen.
Aber ewig so liegen könnte!
Es war so schön. Es war ein seliges Vergessen. Dagmar lächelte.
Es war das Lächeln eines leichten Triumphs. Sie flüßte, daß er keine Waffen hatte. Sie hatte seinen Kopf in ihren kleinen Händen.
Dann lächelte sie.
Dann suchte sie die alte Spißbubenfreude in ihrem Gesicht.
„Halt die Augen geschlossen!“ rief sie.
Amen! öffnete sie unwillkürlich; sie wollten eine Frage an sie richten.
„Geschlossen.“ rief Dagmar, „geschloffen!“ Sie trippelte wie ein ungezogenes Kind mit den Füßen.
Es kam ein sonderbares, gespanntes Interesse in ihre Blicke. Die Nasenflügel zitterten ein wenig. Zwei kleine Falten tiefen in die Mundwinkel hinab. Sie sah mit einem Mal älter aus. Und etwas verlor. Es war ein strammer Zug hineingekommen.
Aber die Lippen waren in üppigem Schmecken geküßelt. „Stillsitzen!“ rief sie noch einmal.
Sie sah lächelnd auf sein Gesicht hinab. Einen Augenblick.
Dann machte sie mit einer leichten Bewegung die rechte Hand frei, während die linke den Kopf hielt, der an ihrem Hüften schlingend lag.
„Ich will Dich betrachten.“ sagte sie.
Sie strich die Haut unter seinen Augen glatt. Mit feinem spitzem Finger. Ganz behutsam. Die Finger liefen die Falten.
Sie lächelte, aber das gespannte kalte Interesse blieb in ihren Blicken.
Die Falten waren so tief.
Es lag ein müder, gleichsam feuchter Schwanz unter diesen Augen.
Man sah es besser, wenn man so von oben in das Gesicht hinab sah.
Sie beugte sich etwas über ihn. Sie strich mit dem leichten Finger die Falten des Gesichts entlang.
Es waren viele Falten da, weisse Falten. Einige waren fein und spärlich, sie waren erst locken mit scharfem Griffel gezogen. Einige waren noch gar nicht gezogen; sie waren erst angebenet.
Es war ihr sehr interessant.
Die Haut war altersgrau.

„Gupp.“ sagte sie plötzlich und ließ unermittelt den Kopf fallen.
Er rieb sich gleichsam verwirrt die Augen.
Dagmar lächelte so süßlich, so übermütig, so triumphierend. Sie klatschte in die Hände. Sie hielt die Hüften fest. Sie beugte sich vorwärts. Sie lachte, lachte, lachte. Wie ein verzogenes Kind nach einem Spißbubentrieb. Aemissen hatte sich erhoben. Er sah fast feierlich aus, daß er der Augenblick gekommen.
„Wolltest Du mir die Falten glätten, Dagmar?“
„Sich wollte Dich bewundern.“ Sie trällerte hinter dem Schenktisch.
Vom Schenktisch lachte sie noch einmal zu ihm hinüber. Er stand so schlusslos da.
„Medrigen.“ sagte sie dann mit einem Anflug von Grunz. „Du könntest heute abend im Gastzimmer die Wände halten. Du mußt in die Fingergasse hinunter. Es ist nicht gut, daß Du immer über dem Torweg stehst.“
„Das ist es auch nicht.“ bestätigte Aemissen. Sie hatten doch wieder einen gemeinsamen Gedanken gehabt. Er verstand ja nicht, wie sie das alles so in den Wind schlugen konnte. Es war ihm aber doch, als seien sie etwas näher zusammengekommen.
Das Gastzimmer war leer. Das Abendgespräch war niemals lebhaft gewesen, und neuerdings war mancher Kunde weggeschlichen.
Aemissen sah in seiner gewohnten Sofaecke.
Die ermateten Augen sahen unentwegt in die Stille hinein. Es war immer daselbe, das sie durchdringen wollten.
Wenn das Kindliche in ihr nur wiederkommen wollte, dachte er.
Er hing diesen Gedanken lange nach. Er summerte alles, was kindlich an ihr war.
Es hielt ein Kind in ihr, es hielt sicher ein Kind in ihr, sagte er abwärtsgehend zu sich selber. Und darin hatte er recht.
Er wußte nur nicht, daß Kinder grausam sind.
Er wußte nicht, daß Dagmar zu den Kindern gehörte, die ihr Spielzeug zu zerstören lieben. Sie belakten es erst, ihre Augen werden neugierig, dann erwacht die Gier und dann zerstören sie es mit schnellen, raschen, bedenkenlosen Griffen.
Er wußte auch nicht, daß er das Spielzeug war.
In der Fingergasse war feistlicher Klang. Die ganze Familie war versammelt.
Aber Engelbrecht hatte mit den beiden Söhnen an die Tische Platz genommen. Dagmar war auf die Beine baumelnd hinaufgeschliffen; sie ließ bergnügt die Beine baumeln. Marie nun einmal dazu.
Marie hatte Grog gemacht; etwas Erwärmendes hörte nun einmal dazu.
Es war still im Zimmer, wie nach einer Liebererfahrung. Die Schwärze hatte ihren Plan entwirrt. Er war jetzt nicht mehr geworden.
„Es ist fast wie am Weihnachtabend.“ unterbrach schließlich Marie das Schweigen.

